

Wagner, Martin

**Working Paper**

"Konsum ist schädlich für das wirtschaftliche Wachstum und unnötig für die Konjunktur" (Hans-Werner Sinn): Vier Dilemmata des marktwirtschaftlichen Neoliberalismus

IU Discussion Papers - Sozialwissenschaften, No. 3 (Juni 2024)

**Provided in Cooperation with:**

IU International University of Applied Sciences

*Suggested Citation:* Wagner, Martin (2024) : "Konsum ist schädlich für das wirtschaftliche Wachstum und unnötig für die Konjunktur" (Hans-Werner Sinn): Vier Dilemmata des marktwirtschaftlichen Neoliberalismus, IU Discussion Papers - Sozialwissenschaften, No. 3 (Juni 2024), IU Internationale Hochschule, Erfurt

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/299247>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

[www.iu.de](http://www.iu.de)

# IU DISCUSSION

## PAPERS

### Sozialwissenschaften

„Konsum ist schädlich für das wirtschaftliche Wachstum und unnötig für die Konjunktur“ (Hans-Werner Sinn): Vier Dilemmata des marktwirtschaftlichen Neoliberalismus

**MARTIN WAGNER**

**IU Internationale Hochschule**

Main Campus: Erfurt

Juri-Gagarin-Ring 152

99084 Erfurt

Telefon: +49 421.166985.23

Fax: +49 2224.9605.115

Kontakt/Contact: kerstin.janson@iu.org

Autorenkontakt/Contact to the author:

Prof. Dr. Martin Wagner

ORCID-ID: 0009-0004-8722-6703

IU Internationale Hochschule - Campus Dresden

Schweriner Straße 5

01067 Dresden

Telefon: +49 178 1614883

Email: martin.wagner@iu.org

**IU Discussion Papers, Reihe: Sozialwissenschaften, Vol. 4, Issue 3 (JUN 2024)**

ISSN-Nummer: 2750-0675

Website: <https://www.iu.de/forschung/publikationen/>

# „KONSUM IST SCHÄDLICH FÜR DAS WIRTSCHAFTLICHE WACHSTUM UND UNNÖTIG FÜR DIE KONJUNKTUR“ (HANS-WERNER SINN): VIER DILEMMATA DES MARKTWIRTSCHAFTLICHEN NEOLIBERALISMUS

Martin Wagner

## ABSTRACT:

*Responding to inflation with political measures to stimulate demand raises questions, especially when influential contemporary economists such as Hans Werner Sinn support this by labelling consumption as detrimental to growth and unnecessary for the economy.*

*This article examines the tension that arises here between the pursuit of equilibrium in market economy structures on the one hand and the neoliberal growth paradigm on the other, from both an economic and a socio-psychological perspective.*

*Auf Inflation mit politischen Maßnahmen zur Stimulierung der Nachfrage zu reagieren, wirft Fragen auf, insbesondere wenn einflussreiche zeitgenössische Ökonomen wie Hans Werner Sinn dies unterstützen, indem sie den Konsum als wachstumsschädlich und unnötig für die Wirtschaft bezeichnen.*

*Der Beitrag untersucht das Spannungsverhältnis, das sich hier zwischen dem Streben nach Gleichgewicht marktwirtschaftlicher Strukturen einerseits und dem neoliberalen Wachstumsparadigma andererseits ergibt, sowohl aus ökonomischer als auch aus sozialpsychologischer Sicht.*

## KEYWORDS:

*Keynesianismus, Neoliberalismus, Monetarismus, Marktwirtschaft, Planwirtschaft, Sozialismus, Kapitalismus, Konsum, Marktsättigung, Konjunktur, Wachstumsparadigma, Entwicklungspsychologie,*

**JEL classification: JEL: E**

## AUTOR



**Prof. Dr. Martin Wagner** ist seit 2021 Professor für Allgemeine Betriebswirtschaftslehre an der IU Internationale Hochschule im Dualen Studium am Standort Dresden. Seine Forschungsinteressen liegen vor allem in den Schnittstellen zwischen BWL, VWL, Soziologie und Psychologie. Er verfügt über mehr als 20 Jahre Berufserfahrung in Lehre, Forschung und Praxis.

## Vorwort

Im Jahr 1967 wurde im damaligen Westdeutschland das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz verabschiedet, welches ein „magisches Viereck“ (bmwk 2015: 1) beinhaltet, bestehend aus vier wirtschaftspolitischen Zielen: erstens „Hoher Beschäftigungsstand“, zweitens „Außenwirtschaftliches Gleichgewicht“, drittens „Stetiges und angemessenes Wirtschaftswachstum“ und viertens „Stabilität des Preisniveaus“. Diese vier Ziele werden bis heute als wesentlich eingestuft, auch wenn sich die politischen und ökonomischen Bedingungen seit 1967 deutlich verändert haben. So schreibt das Bundesministerium für Wirtschaft und Klima in seinem Monatsbericht (bmwk 2015: 1) zu seiner durchaus parteipolitisch gefärbten Sicht auf die gesellschaftliche Gesamtsituation:

*„Die Wirtschaftspolitik der Gegenwart steht vor vielfältigen Herausforderungen. Dazu zählen der demografische Wandel, die weiter voranschreitende Globalisierung der Märkte, die umfassende Digitalisierung der Wirtschaft und Gesellschaft, aber auch die Ressourcenknappheit und die Umweltzerstörung.“*

Ob die vier Ziele des magischen Vierecks geeignet sind, um mit diesen aufgeführten vielfältigen Herausforderungen umzugehen, wird hier am Beispiel zweier Ziele untersucht, die selbst grundsätzliche Widersprüche aufzuweisen scheinen. Es betrifft die Ziele „Stetiges und angemessenes Wirtschaftswachstum“ und „Stabilität des Preisniveaus“. Stetiges Wirtschaftswachstum repräsentiert dabei gewissermaßen einen dem Neoliberalismus zuzurechnenden Anspruch und Preisstabilität einen marktwirtschaftlichen Anspruch. Dies zu diskutieren und in vier Dilemmata des marktwirtschaftlichen Neoliberalismus zusammenzuführen ist Gegenstand des vorliegenden Discussion Papers, indem zentrale, unserem Sprachgebrauch vertraute wirtschaftspolitische Begriffe in ihrem idealisierenden Charakter herausgestellt und in ihren teilweise widersprüchlichen Aussagen kritisiert werden. Empirische Untersuchungen zu ausgewählten Aspekten ließen sich dann den hier vorliegenden theoretischen Überlegungen anschließen. Ein Nachwort, am Schluss dieses Discussion Papers, wird die Gedanken dieses Vorwortes noch einmal aufnehmen und versuchen, mit den gewonnenen Erkenntnissen zu verknüpfen und auf zukünftige Forschungsrichtungen hinzuweisen.

## Hinführung

Im Jahr 1990 feierte man den Sieg über Sozialismus und Planwirtschaft. Den Prinzipien Kapitalismus und Marktwirtschaft wurde letztbegründende Allgemeingültigkeit zugeschrieben (Issing 2023, Sadowski 1993, Müller 1993, Streibel 1992), ohne dass sie ihrerseits einen eindeutigen Wirkungsnachweis erbracht hätten oder, als Idee, überhaupt hätten erbringen können. Die Auflösung des einstigen ‚Gegners‘ bzw. dessen Ideen reichte aus. So schrieb Issing (2023: 1), ehemaliger Chefvolkswirt der Europäischen Zentralbank (EZB) und Vertreter der Idee des Monetarismus<sup>1</sup>, im Rahmen eines Beitrags der Ludwig-Erhard-Stiftung:

*„Alle Experimente mit der Umsetzung des Sozialismus in die Realität sind am Ende gescheitert. Freiheit und Wohlstand gedeihen auf Dauer nur in der Verbindung von demokratischem Rechtsstaat und marktwirtschaftlicher Ordnung.“<sup>2</sup>*

<sup>1</sup> Mehr zum Thema Monetarismus unter der Überschrift ‚Diskussion‘, Abschnitt ‚Zur Entstehung des Neoliberalismus‘.

<sup>2</sup> Die Rechtsstaatsproblematik wird im vorliegenden Paper nicht näher verfolgt, jedoch im Nachwort noch einmal erwähnt.

Das Marktwirtschaftsprinzip wurde also noch im Jahr 2023, also über 30 Jahre nach der Auflösung des Warschauer Vertrages, vorrangig aus dem Scheitern der Idee des Sozialismus heraus zu begründen versucht. Neben den begrifflichen Unklarheiten, die sich aus der kausalen Verknüpfung von Sozialismus und Marktwirtschaft heraus ergeben<sup>1</sup>, legen heutige Erscheinungen der Marktsättigung<sup>2</sup> und der daraus hervorgehenden Ausbreitung zentraler Verwaltungsstrukturen<sup>3</sup> nahe, die tradierten Ansprüche und Rechtfertigungsmuster unserer heutigen Wirtschaftsverständnisse zur Diskussion zu stellen.

## Problemstellung

Ein Blick zurück in das Jahr 1947, dem Gründungsjahr der Mont Pelerin Society durch Friedrich August von Hayek (Padilla 2022) und somit dem Gründungsjahr des Neoliberalismus (Walpen 2004), deutet darauf hin, dass bereits direkt nach Ende des Zweiten Weltkriegs Grenzen marktwirtschaftlicher Ansprüche erkannt wurden, ausgehend vom Nachfragefokus des Keynesianischen Denkens, welches in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts den wirtschaftspolitischen Diskurs maßgeblich beeinflusste.<sup>4</sup>

Die erste Annahme, die diesem hier vorliegenden Beitrag zugrunde liegt, bezieht sich auf ein mögliches Motiv der Gründungsmitglieder der Mont Pelerin Society, ein gegen den Keynesianismus gerichtetes Wirtschaftsverständnis unter dem Deckmantel einer Sozialen Marktwirtschaft in der Gesellschaft zu etablieren (Ptak 2004: 23ff.), welches bis heute Wirkung zeigt (Hien und Joerges 2017): Es wird im vorliegenden Beitrag angenommen, dass man bereits damals die Grenzen des marktwirtschaftlichen Preismechanismus erkannte, einerseits aus dem Gleichgewichtstreben zwischen Angebot und Nachfrage hervorgehend, auf die Einkommens- und Preisabhängigkeit des Konsums verweisend, und andererseits dessen Sättigungsfähigkeit und somit wachstumshemmende Wirkung problematisierend.

Das zentrale Problem für diesen Beitrag kann also wie folgt zusammengefasst werden: Das neoliberale Paradigma stetigen Wirtschafts- bzw. (Eigen)Kapitalwachstums ist mit grundsätzlichen, gleichgewichtsorientierten Geltungsansprüchen der (sozialen) Marktwirtschaft nicht vereinbar. Beide Ansprüche weiterhin gleichzeitig aufrechterhaltend verlöre das derzeit vertretene marktorientierte Wirtschaftsverständnis seine theoretische Begründbarkeit und damit seine Legitimationsgrundlage als Orientierung der Wirtschaftspolitik. Dieser Beitrag verfolgt nun zunächst die theoretische Herleitung und Begründung dieses zentralen Problems, zusammengefasst in vier Dilemmata, und versucht, mithilfe von Thesen, mögliche Umgangsformen aufzuzeigen.

<sup>1</sup> Ähnliche begriffliche Unklarheiten ergäben sich, wenn man den Geltungsanspruch der Planwirtschaft aus den Verwerfungen des Kapitalismus heraus begründen würde. Näheres dazu im Abschnitt ‚Hintergründe‘.

<sup>2</sup> Es sei erwähnt, dass die Sättigungsfähigkeit von Märkten schon sehr lange bekannt ist. Im Jahr 1767 beschrieb Anne Robert Jacques Turgot in seinem Ertragsgesetz erstmals Sättigungstendenzen, später, im Jahr 1854, dann Hermann Heinrich Gossen (Gossen 1927) in seinem ersten Gossen´schen Gesetz, dem Sättigungsgesetz. Einer größeren Öffentlichkeit wurde dieses Thema durch den „Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit“ (Meadows et al. 1972) näher gebracht, als Problematisierung der Sättigungsfähigkeit individueller Konsumbedürfnisse und der daraus hervorgehenden Konsequenzen für die Menschheit.

<sup>3</sup> Es sei vorgreifend darauf hingewiesen, dass die westliche Wirtschaftsordnung mit ihrem marktwirtschaftlichen Anspruch, sowohl die Real- als auch die Finanzwirtschaft betreffend, überwiegend aus hierarchisch-arbeitsteiligen Strukturen besteht, die von ihrer Funktionslogik her als Zentralverwaltungsstrukturen bezeichnet werden können, Unternehmen ebenso betreffend wie Vereine, Parteien, Verbände und natürlich das Bankensystem. Mehr dazu im Abschnitt ‚Hintergründe‘.

<sup>4</sup> Dazu mehr im Abschnitt dieser Arbeit: ‚Zur Entstehung des Neoliberalismus‘, unter Kapitel ‚Diskussion‘

## Handlungsbedarf

Derartige Mängel in der theoretischen Begründbarkeit zeigen sich beispielhaft im politischen Umgang mit der pandemie- bzw. krisenbedingten Inflation<sup>1</sup> seit 2020, die Fragen aufwerfen. So sprachen sich am 17.10.2022 (dnb.de 2022) Sachverständige vom Bund der Steuerzahler, von den Universitäten Köln, München und Erlangen-Nürnberg, vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, vom Deutschen Familienverband, vom Deutschen Gewerkschaftsbund, von der Hans-Böckler-Stiftung und von der Arbeitskammer Bremen für eine Erhöhung der Inflationsausgleichszahlungen aus. Auch sorgte der so genannte „Tankrabbatt“ für Diskussionsstoff (Groß 2022, Duso 2022, Fuest et al. 2022). Beide Entscheidungen, für Inflationsausgleichszahlungen und für den „Tankrabbatt“, sollten die Haushalte entlasten, deren Einkommen und somit deren Nachfragedynamik fördern<sup>2</sup>.

Blanchard und Illing (2009: 873) definieren Inflation als einen Anstieg des allgemeinen Preisniveaus in einer Volkswirtschaft. Lenk (2017a: 104) beschreibt Preisniveauentwicklung und Gütertausch als Marktprozesse, Markt sei dabei „*der ökonomische Ort, an dem Angebot und Nachfrage zusammentreffen*“. Das Preisniveau ist also das Ergebnis aus dem Zusammentreffen von Angebot und Nachfrage. Preisniveauanstieg folgt dabei auf Nachfrageüberhang, Preisniveausenkung dagegen auf Angebotsüberhang<sup>3</sup>.

Eine politische Entscheidung, die eine Nachfragestärkung in Zeiten des Nachfrageüberhangs (krisenbedingte Inflation) anstrebt, stellt einen deutlichen Widerspruch und somit einen Handlungsbedarf heraus, im Hinblick auf Klärung der entsprechenden Motive und Erwartungen auf Seiten der Entscheidungsverantwortlichen. Denn entweder liegt diesem Widerspruch ein Fehler in der Situationseinschätzung zugrunde (formallogisch die Konklusion betreffend) oder ein Fehler in den theoretischen Grundlagen der Situationswahrnehmung (formallogisch die Prämissen betreffend). Letztere stehen nun im Zentrum des vorliegenden Beitrags.

## Hintergründe

Die Debatte um Gesellschafts- und eben auch Wirtschaftsverständnisse ist vergleichbar mit dem Aushandeln von Spielregeln im Zuge kindlicher Weltaneignung (vgl. Oerter 2007: 8). Gerade im medialen Wettstreit um die Auslegungshoheit der gesamtgesellschaftlichen bzw. -wirtschaftlichen Wirklichkeit, der zwischen Politik, Wissenschaft und den Medien selbst ausgetragen wird, findet man oft Merkmale des Spiels wieder, sei es das Spielen zum Selbstzweck (zur Erfahrung individueller Selbstwirksamkeit), der Wechsel des Realitätsbezuges (zur differenzierten Entwicklung gesellschaftlicher Wertesysteme), die Wiederholung und vor allem das Ritual (zur kollektiven Selbstvergewisserung) (ebd.: 8ff.). So lässt sich annehmen, dass auch die psychosozialen Funktionen der „*Spiele der Erwachsenen*“ (Berne 2002)<sup>4</sup> denen des kindlichen Spiels ähnlich sind. Piaget (1969: 216) schreibt, dass die Funktion des Spielens als „*die Abwehr dagegen, dass die Welt der Erwachsenen und die allgemeine Wirklichkeit das Spiel stören, um sich an*

<sup>1</sup> Hier ist zwischen krisenbedingter Inflation und Inflation aus der Gewinnmaximierungsabsicht des Unternehmertums zu unterscheiden. Letztere ergibt sich aus dem Streben nach Abschöpfung der Konsumentenrente heraus, erstere aus einem krisenbedingten Einbruch der Gesamtwirtschaft (gleichem Angebot und Nachfrage betreffend) und einer anschließend asymmetrischen, meist auf Nachfragerseite schneller verlaufenden Erholung der gesamtwirtschaftlichen Situation.

<sup>2</sup> Zur Einkommens- und Beschäftigungstheorie bzw. zur Problematik der Einkommenshypothesen vgl. weiterführend z.B. Klinger 2005, Hündgen 2001.

<sup>3</sup> Dieser Zusammenhang wird auch als Preismechanismus (Hewel und Neubäumer 2017a: 17) und als „*geniale[s]*“ Informationsinstrument bezeichnet (Eibner 1997: 23).

<sup>4</sup> Berne (2002: 69-71) spricht in diesem Zusammenhang auch vom inneren und äußeren psychologischen Nutzen sowie vom inneren und äußeren soziologischen Nutzen des Spiels.

einer Wirklichkeit, die man für sich selbst hat, zu erfreuen.“ beschrieben werden kann. Das Spielen „übernimmt Aufgaben der Lebensbewältigung zu einem Zeitpunkt, da andere Techniken und Möglichkeiten noch nicht zur Verfügung stehen.“, schreibt Oerter (2007: 13).

Gerade im wissenschaftlichen Feld der Ökonomie mit ihren per se immateriellen, nie vollständig zu bewältigenden (Lebens)Gegenständen, die deshalb einerseits niemals letztbegründende, axiomatische Gültigkeit beanspruchen können, andererseits aber genau aus diesem Grunde in Konflikt mit dem Grundbedürfnis nach verbindlicher, materieller Vergegenständlichung<sup>1</sup> stehen, streitet man um genau diese Wirklichkeit, „die man für sich selbst hat“ (Piaget 1969: 216). Dieser wirklichkeitsbezogene, also materielle Vergegenständlichungszwang dient der Erfahrung einerseits von Selbstwirksamkeit<sup>2</sup> und andererseits von Willkürkontrolle. Oerter (2007: 16) fasst dies folgendermaßen zusammen:

„Bei den Entwicklungsthematiken steht an erster Stelle das Ausspielen von Macht und Kontrolle.“

Gerade weil die Theorien der Ökonomie, wie die keiner anderen Disziplin, zur Autorisierung wirtschaftspolitischer Entscheidungen und zur Legitimation gesellschaftspolitischer Strukturen herangezogen werden<sup>3</sup>, tritt im ökonomischen Diskurs genau dieses „Ausspielen von Macht und Kontrolle“ (Oerter 2007: 16) in Erscheinung, als Ausdruck eines möglicherweise kindlichen Umgangs mit dem Bedürfnis nach Selbstwirksamkeit und Willkürkontrolle. Wahrheitsansprüche und Bekenntnisaufrufe ersetzen dabei zunehmend öffentlichkeitswirksame Argumentation und Kritik (vgl. bspw. Schnabl 2024, Stan 2024, bmwk.de 2024a). In diesem Zusammenhang werden Begriffe verwendet, bei denen es nicht mehr vordergründig um begriffliche Geltungsnachweise geht, sondern zunehmend um mediale also gesellschaftliche Wirkungsgarantien<sup>4</sup>. Sie wirken quasi letztbegründend. Zu diesen Begriffen gehören die Dualismen einerseits Kapitalismus und Sozialismus und andererseits Markt- und Planwirtschaft, die für diese Abhandlung von Bedeutung und deshalb nachfolgend zu diskutieren sind. Auf die Wechselwirkungen zwischen ‚Begriff‘ (Inhaltsebene) und ‚Spiel‘ (Beziehungsebene) wird noch an mehreren Stellen einzugehen sein.

## KAPITALISMUS UND SOZIALISMUS

„Das kapitalistische Modell basiert auf dem privaten Eigentum an Produktionsmitteln.“, schreibt Pearse (2021) im Zuge seiner Auseinandersetzung mit Kapitalismus und Sozialismus, um direkt im Anschluss Kapitalismus mit einem klassischen Marktwirtschaftsverständnis zu vermischen: „Die Wirtschaft stützt sich auf offene, freie Märkte, deren Kräfte - die so genannte "unsichtbare Hand" - über Preise, Einkommen, Vermögen und die Verteilung von Gütern entscheiden.“. Schlussendlich beschreibt er das „Herz des Kapitalismus“ als „Das Versprechen der Effizienz durch talentierte und leistungsbereite Menschen.“. Auf den ersten Satz dieses Kapitalismusverständnisses wird noch einzugehen sein.

<sup>1</sup> Brock (1977: 52) spricht in diesem Zusammenhang von „Toposbildung“ und „Zwang der Vergegenständlichung“, Topos als die „Einheit von Umweltsegment und Vorstellung bzw. Gefühl“, und Topoi-Bildung als entscheidende Voraussetzung für die „Ausbildung der Lebensfähigkeit eines Menschen“. Die soziale und kulturelle Nutzung dieser Topoi und deren Verknüpfungen, als „vollständige Einheit von sinnlicher Wahrnehmung und Verstandesoperation“ (Brock 1977: 56), ist wiederum an so genannte Vergegenständlichungen gebunden.

<sup>2</sup> Oerter (2007: 15) bringt das Zusammenspiel zwischen materiellem Vergegenständlichungszwang und Willkürkontrolle gegenüber der Umwelt auf einen Satz: „Die Erfahrung der innigen Verbindung zwischen Händen und Knetmasse und den daraus resultierenden neu geschaffenen Objekten dürfte ein besonderes Erlebnis des Austausches von Individuum und Umwelt darstellen.“

<sup>3</sup> So verfügt allein das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz über einen „Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung“, als ein Beratungsgremium mit umfassender Deutungshoheit und quasi letztbegründendem Charakter. Schließlich werden die Gremiumsmitglieder auch als Wirtschaftsweise bezeichnet. (vgl. z.B. Wienert 2009)

<sup>4</sup> Zum Spannungsfeld zwischen Geltungs- und Wirkungsansprüchen sei beispielhaft auf Werkner (2009) verwiesen.



Schumpeter (1950: 107) geht dagegen zunächst auf die „*Atmosphäre der Feindschaft gegenüber dem Kapitalismus*“ ein, die der Bildung einer vernünftigen Ansicht „*über seine wirtschaftlichen und kulturellen Leistungen*“ entgegensteht. Später (ebd.: 120 ff.) skizziert er den Begriff des plausiblen Kapitalismus, jedoch im Wesentlichen rückblickend, aus der Perspektive seiner Leistungsfähigkeit. Brocker (2018: 250) fasst Schumpeters Kapitalismusverständnis in folgenden zwei Thesen zusammen:

*„Der Kapitalismus lässt sich am besten nicht als System von Marktgleichgewichten, sondern stattdessen als ein wettbewerbsgetriebener, von innovativen Unternehmen ausgehender dynamischer Prozess zur Störung von Gleichgewichten verstehen; dieser Prozess erfasst und verwandelt nicht nur die Strukturen der Wirtschaft, sondern alle Strukturen der modernen Gesellschaft.“*

Diese erste These distanziert sich also vom marktwirtschaftlichen Mechanismus des Gleichgewichtstrebens und stellt dafür den innovativen, jedes Gleichgewicht störenden Unternehmer in das Zentrum des Schumpeter´schen Kapitalismusverständnisses, den Unternehmer, der durch „*die Durchsetzung neuer Kombinationen*“ (Schumpeter 1997: 111) der Produktionsfaktoren Arbeit, Kapital und Boden neue Produkte, Verfahren und Organisationsformen zu entwickeln fähig ist. Aus diesem kapitalistischen Wettbewerb zwischen innovativen Unternehmern ergibt sich das für den Schumpeter´schen Kapitalismus typische Konzept der schöpferischen Zerstörung (Schumpeter 1950: 134), einer Zerstörung, die ineffiziente Unternehmen und Strukturen zerstört, um effizienten, innovativen Unternehmen und Strukturen neuen Entwicklungsraum zu verschaffen. Wäre, im Endeffekt, der Kapitalismus also auch in der Lage, sich selbst zu zerstören, sobald seine eigene Entwicklung ineffizient wird, also er sich nicht auch selbst durch Störungen erneuern kann? Brocker (2018: 254) schreibt, hier als zweite These verstanden:

*„Der Kapitalismus wird nicht an seinen Misserfolgen, sondern an seinen Erfolgen zugrunde gehen. Dies wird aber anders als bei Marx – nicht als unbedingte, sondern als bedingte Prognose aufgestellt. Die Bedingung ist, dass in der zukünftigen Entwicklung keine störenden Einflüsse auftreten.“*

Diese hier kurz angerissene Kapitalismusdefinition nach Schumpeter, in der Auslegung durch Brocker (2018), in deren Zentrum der innovative, also zur Neukombination der Produktionsfaktoren fähige Unternehmer steht, liefert das Hauptkriterium des hier verwendeten Kapitalismusbegriffs. Dieser reduziert sich in erster Linie auf die Eigentumsverhältnisse an Produktionsfaktoren, wie auch oben bereits durch Pearse (2021) angedeutet: Kapitalismus kennzeichnet zunächst das Recht auf Privateigentum an Produktionsfaktoren, einerseits als Voraussetzung zu deren innovativer, gleichgewichtsstörender Neukombination, und andererseits als gesamtgesellschaftliches Entwicklungspotential zur über den Eigenbedarf hinausgehenden Produktion materieller Ver- und Gebrauchsgüter.

An diesem Kriterium des kapitalistischen Rechts auf Privateigentum an Produktionsfaktoren orientiert sich die hier analog verwendete Definition von Sozialismus, hier jedoch als Pflicht zum Kollektiveigentum an Produktionsfaktoren. Während im Kapitalismus also das zwischen Unternehmen herrschende Wettbewerbsprinzip, z.B. im Kampf um knappe Ressourcen, als das eigentlich tragende festzustellen ist, lässt sich im Sozialismus das Solidaritätsprinzip herausstellen, als Zwangsfolge der Verpflichtung zum Kollektiveigentum an Produktionsfaktoren. Beide Prinzipien, das des Wettbewerbs und das der Solidarität, sind an verschiedenen Stellen unseres Alltags omnipräsent, sei es in Familien- und Verbandsstrukturen, in Partei- und Vereinsstrukturen oder sogar im Unternehmenskontext. Gleiches gilt

also auch für die Eigentumsverhältnisse an Produktionsfaktoren<sup>1</sup>, sodass hier ein von ideologischen Konnotationen weitgehend befreiter Gebrauch dieser Begriffe Kapitalismus und Sozialismus ermöglicht wird.

Kapitalismus und Sozialismus kennzeichnen also einerseits Eigentumsrechte bzw. -pflichten an Produktionsfaktoren (Privat- und Kollektiveigentum) und andererseits soziopsychologische Systemlogiken (Wettbewerbs- und Solidaritätsprinzip). In diesem Sinne gehen beide Begriffe in die nachfolgenden Überlegungen ein.

## ZENTRAL- UND DE-ZENTRALVERWALTUNGSWIRTSCHAFT

Ein weiterer Dualismus durchzieht die ökonomischen und politischen Debatten der vergangenen Jahrzehnte: Zentralverwaltungswirtschaft und De-Zentralverwaltungswirtschaft, besser bekannt als Plan- und Marktwirtschaft, auch wenn dabei regelmäßig Planwirtschaft und Sozialismus sowie Marktwirtschaft und Kapitalismus nur unzureichend voneinander abgegrenzt werden (vgl. bspw. Daum 2021, Hayek 2019, Eibner 1997). Beispielsweise führt Eibner (1997: 19) mangelhafte Arbeitsmotivation, Leistungsbereitschaft und Kreativität auf fehlendes Privateigentum an Produktionsmitteln zurück, letzteres allein als Ausdruck von Zentralverwaltungsstrukturen. Er schreibt:

*„Durch die fehlenden Anreize einer privatwirtschaftlich möglichen Gewinnmaximierung aufgrund fehlenden Privateigentums an Produktionsmitteln sind Arbeitsmotivation, Leistungsbereitschaft und Kreativität in der Zentralverwaltungswirtschaft [...] weit unterentwickelt.“*

Neben den Mängeln in der begrifflichen Abgrenzung zwischen Zentralverwaltungswirtschaft und Privateigentum an Produktionsmitteln (Kapitalismus) steht diesem Eibner'schen Verständnis beispielsweise eine Statistik von sozialpolitik-aktuell.de (2023) entgegen. Ausgehend von Daten des Statistischen Bundesamtes wird aufgezeigt, dass der Anteil der Selbstständigen, also den potentiellen Privateigentümern von Produktionsmitteln, an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen von 9,5% im Jahr 1991 zunächst auf 12,3% im Jahr 2005 gestiegen, dann bis 2022 jedoch wieder auf 8,8% gefallen ist. Wenn es also Privateigentum an Produktionsmitteln gibt und dies Voraussetzung für Arbeitsmotivation, Leistungsbereitschaft und Kreativität sei, dann betrifft dies weniger als 10% der Erwerbstätigen. Dass nun diese weniger als 10% mit ihrer Arbeitsmotivation, Leistungsbereitschaft und Kreativität die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des ganzen Landes verantworten, muss angezweifelt werden.

Darüber hinausgehend führt Eibner (1997: 20-28) Gründe für das Scheitern der Planwirtschaft auf, so beispielsweise *„Fehlplanungen und Fehleinschätzungen der Produktionskapazität [...] Unmöglichkeit der Ermittlung vollständiger Konsumpräferenzen [...] Ineffiziente zentrale Planung in der Planwirtschaft [...] Fehlender bzw. falsch wirkender Preismechanismus [...] Fehlendes Privateigentum an Produktionsmitteln [...] Fehlender Wettbewerb und Innovationsschwäche [...] Fehlende internationale Wettbewerbsfähigkeit.“*, um mit der Feststellung zu enden:

*„Das Wirtschaftssystem der Marktwirtschaft glaubt, all die genannten Konstruktions- bzw. ordnungspolitischen Fehler vermeiden zu können [...]“*

Hier bestätigt sich der anfangs geäußerte Kommentar zu Issing (2023: 1), dass marktwirtschaftliche Ansprüche oft nur unter Verweis auf ein vermeintliches Scheitern der Planwirtschaft autorisiert werden,

<sup>1</sup> Bereits an dieser Stelle sei das Shareholder-Value-Prinzip (Rappaport 1999) erwähnt, auf welches später noch näher einzugehen ist.

unabhängig davon, ob nicht auch marktwirtschaftliche Ansprüche ähnliche Zeichen des Scheiterns zeigen, worauf noch einzugehen ist.

Hewel und Neubäumer (2017a: 17) gehen in ihrem Versuch der Begriffsabgrenzung zwischen Plan- und Marktwirtschaft dagegen auf Entscheidungsprozesse ein und auf den Umstand, dass auch Marktwirtschaft nicht auf Planungsprozesse verzichten kann:

*„In der freien Marktwirtschaft werden alle wirtschaftlichen Entscheidungen dezentral getroffen, d. h., es gibt eine Vielzahl selbstständiger Produktions- und Konsumpläne, die aufeinander abgestimmt werden müssen. Diese Koordination erfolgt über ein System von Märkten, auf denen sich die Preise solange verändern, bis Angebot und Nachfrage übereinstimmen und somit die Pläne einander angepasst sind. Dieser Vorgang wird als Preismechanismus bezeichnet.“*

Im Gegensatz zur Planwirtschaft handelt es sich dabei jedoch um Planung der Produktion und des Konsums von Einzelakteuren des volkswirtschaftlichen Kreislaufsystems, also der Unternehmen und Haushalte. Diese Einzelpläne werden dann über den so genannten Preismechanismus koordiniert, dieser Theorie folgend.

Bei diesem hier diskutierten Dualismus Planwirtschaft versus Marktwirtschaft bzw. Zentral- und Dezentralverwaltungswirtschaft handelt es sich also im Kern um zwei Sonderfälle gesamtwirtschaftlicher Planungs- und Steuerungsansprüche. Während sich der Dualismus Kapitalismus versus Sozialismus stärker auf die Inputseite des gesamtwirtschaftlichen Transformationsprozesses (Faktormärkte) bezieht, also die private bzw. kollektive Verfügbarkeit von Produktionsfaktoren Arbeit, Boden und vor allem Kapital betreffend, fokussiert der Dualismus Planwirtschaft versus Marktwirtschaft eher die Outputseite des gesamtwirtschaftlichen Transformationsprozesses (Gütermärkte), also die Organisation der Güter- und Dienstleistungsverfügbarkeit betreffend.

Marktwirtschaft und Planwirtschaft kennzeichnen zwei gegensätzliche Grundprinzipien gesamtwirtschaftlicher Planung und Steuerung der Verfügbarkeit von Gütern und Dienstleistungen. In der Praxis sind beide Prinzipien ebenso zu finden wie deren Kombinationen. Hervorzuheben ist dabei das dominierende Muster der Hierarchiebildung im Zuge der Organisation arbeitsteiliger Wertschöpfungsstrukturen, vorrangig die Produktion materieller Ver- und Gebrauchsgüter betreffend (Papendieck 2010: 147 ff., Zündorf 2000, Zündorf und Grunt 1980). Hierarchisch strukturierte Wertschöpfungsstrukturen stimmen in ihrer Systemlogik mit der Logik einer Zentralverwaltungs- bzw. Planwirtschaft überein und sind gleichzeitig federführend für den Erfolg der Industrialisierung verantwortlich<sup>1</sup>. So findet man sie sowohl im Unternehmenskontext als auch gleichermaßen in Vereins-, Verwaltungs-, Verbands- und Parteistrukturen. Selbst im familiären Kontext sind diese Muster der Hierarchiebildung im Sinne einer Zentralverwaltung anzutreffen (vgl. bspw. Feldhaus und Schlegel 2023, Teodoro 2005).

Als für diese vorliegende Abhandlung besonders wichtig ist der Fall der Havarie. Havarien, also überraschend eintretende und oft existentiell bedrohliche Ausnahmesituationen erzwingen förmlich die Aus-

<sup>1</sup> Hier entsteht die Frage, ob diese getroffene Annahme, in ihrer scheinbaren Widersprüchlichkeit, nicht zu kurz greift bzw. ob allgemein zwei Systeme gleicher Eigenschaften automatisch als identisch oder zumindest ähnlich betrachtet werden können, oder braucht es eine differenziertere Analyse, um das Gesamtphänomen zu beleuchten? Hier wird zunächst die Ähnlichkeit der verglichenen Systeme auf der Ebene ihrer Systemlogik festgestellt, z.B. Hierarchiebildung, Prozesslinearität bzw. Grad der Selbstreferenzialität und Selbstähnlichkeit betreffend, auch zunächst nur auf ökonomische Systeme beschränkt. Natürlich ist diese Annahmen trotzdem schon auf Verallgemeinerungsfähigkeit ausgerichtet, worüber noch zu diskutieren ist.

bildung hierarchischer Strukturen der menschlichen Arbeitsteilung, in der Logik einer Zentralverwaltung, zur Sicherstellung der Grundversorgungsprozesse durch eindeutige, verlustarme und schnelle Informationswege, wie es beispielsweise in Art. 115a-I des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland geregelt ist.

Hierarchische Strukturen, als Formen der Zentralplanung und -verwaltung oder eben der Planwirtschaft, sind also die Voraussetzung einerseits für die Funktionsfähigkeit arbeitsteiliger Wertschöpfungsstrukturen im Rahmen des gesellschaftlichen bzw. ökonomischen Normalfalls und andererseits für die strukturierte Handhabung des Ernst- bzw. Havariefalls. Hierarchien haben strukturelle und funktionelle Stabilität her- und sicherzustellen. Auf der anderen Seite repräsentiert das System der Marktwirtschaft dezentrale Planungs- und Steuerungsmechanismen, die nicht der Her- und Sicherstellung struktureller Stabilität dienen, sondern durch punktuelles Aufbrechen struktureller Stabilität deren dynamische Entwicklung ermöglichen sollen<sup>1</sup>.

Auch im Unternehmenskontext findet man beide Systeme, einerseits als Aufbauorganisation (z.B. Wehrlin 2019), im Sinne von Zentralverwaltungsstrukturen, und andererseits als Projektorganisation (z.B. Schütz et al. 2022), im Sinne von De-Zentralverwaltungsstrukturen. Im vorliegenden Beitrag werden diese strukturellen Verständnisse vom Unternehmenskontext auf den volkswirtschaftlichen Kontext übertragen und als zwei unterschiedliche, jedoch aufeinander bezogene, gleichwertige Planungs- und Steuerungsprinzipien diskutiert: Zentralverwaltungsstrukturen zur Her- und Sicherstellung struktureller Stabilität und De-Zentralverwaltungsstrukturen zur Ermöglichung dynamischer Entwicklung durch punktuelle Stabilitätsstörung, allerdings ohne Gefährdung der Systemexistenz.

## Diskussion

Der nun folgende Abschnitt dient der Diskussion des oben erläuterten Problems der Unvereinbarkeit der Ansprüche des Neoliberalismus mit denen der Marktwirtschaft. Darauf vorbereitend sei auf Grundannahmen verwiesen, die als Rahmen dieser Überlegungen dienen und deshalb nicht umfassend diskutiert und kritisiert werden.

Eine dieser wesentlichen Grundannahmen zeigt auf eine Gemeinsamkeit der beiden Wirtschaftslehren, einerseits der Betriebs- und andererseits der Volkswirtschaftslehre, wie sie bereits zum Ende des vorigen Abschnitts angedeutet wurde. Betriebswirtschaftslehre *„ist ein Zweig der Ökonomie, d.h. der Lehre vom vorsichtigen Umgang mit knappen Gütern.“* (Wöhe et al. 2020: 4). Als Mittelpunkt der Volkswirtschaftslehre wird *„die Herstellung und Verteilung knapper Güter.“* hervorgehoben (Hewel und Neubäumer 2017b: 4). Caspari (2019: 1) schreibt weiter zur Volkswirtschaftslehre: *„Ihr Gegenstandsbereich ist der Bereich des menschlichen Handelns, in dem es um die materielle Reproduktion, d. h. um das „Überleben“ im weitesten Sinne geht.“* Diese erste Grundannahme verweist also auf den Zweck einer jeden ökonomischen Überlegung, ob betriebs- oder volkswirtschaftlicher Orientierung, der sich im vorsichtigen Herstellen und Verteilen knapper Güter zum materiellen Überleben der Gesellschaft manifestiert.

<sup>1</sup> vgl. Schumpeters Prozess der schöpferischen Zerstörung nach Brocker (2018: 250)

Eine zweite Grundannahme nimmt Bezug auf die Selbstähnlichkeit<sup>1</sup> menschlicher Denk- und Handlungssphären (Peitgen et al. 2004, Mandelbrot 1991). Mentzos (2011: 38-51) betont die Wirkung von Internalisierungs- und Externalisierungsprozessen auf die Psyche des Individuums sowie auf seine soziale Umgebung. Hierbei beschreibt er Internalisierung als Prozesse, „die dazu führen, daß sich die Erfahrungen innerhalb von Objektbeziehungen in bleibenden intrapsychischen Strukturen niederschlagen.“ (ebd.: 43), Externalisierung dagegen als „Gegenstück der Internalisierungsvorgänge“ (ebd.: 47), der Frage folgend, wie sich intrapsychische Strukturen auf die Erfahrungen innerhalb von Objektbeziehungen auswirken. An anderer Stelle erläutert Mentzos (1988: 21ff.) die Entwicklung interpersonaler Abwehrmechanismen sowie deren Institutionalisierung (ebd.: 79 ff.), gewissermaßen als Folge von Internalisierungs- und Externalisierungsprozessen. Diese Mentzos´schen Überlegungen begründen die zweite Grundannahme der Selbstähnlichkeit: Die Struktur- und Funktionslogiken unserer Psyche (Mikroebene) übertragen sich durch Prozesse der Internalisierung und Externalisierung auf die interpersonale Ebene (Mesoebene) und durch Prozesse der Inklusion und Exklusion auf die institutionale Ebene (Makroebene). Aufgrund dieser zweiten Grundannahme lassen sich betriebswirtschaftliche und volkswirtschaftliche Sachverhalte als in ihrer Systemlogik selbstähnlich begründen, betriebswirtschaftliche Sachverhalte der Mesoebene, volkswirtschaftliche Sachverhalte der Makroebene zuordnen, gleichzeitig die Funktionslogiken menschlicher Wahrnehmungs- und Bewertungsstrukturen, als Mikroebene, repräsentierend. Diese selbstähnlichen Funktionslogiken aller drei Betrachtungsebenen dienen als Grundannahme vor allem im Zuge der Verknüpfung der hier zugrundeliegenden ökonomischen Sachverhalte mit den entwicklungspsychologischen Argumentationen zur Konfliktodynamik<sup>2</sup>, worüber später noch zu diskutieren ist.

Sowohl im Hinblick auf den sachlichen Zweck (erste Grundannahme) als auch im Hinblick auf die soziopsychologischen Systemlogiken (zweite Grundannahme) lassen sich also Bewertungsmaßstäbe der Betriebswirtschaftslehre auf die Volkswirtschaftslehre übertragen und umgekehrt, sowie mit der Logik der menschlichen Psyche verknüpfen. Dies erscheint zunächst trivial. Problematisch werden entsprechende Überlegungen zum Beispiel bei dem einfachen Versuch, Dienstleistungen, Transportleistungen und Handel im volkswirtschaftlichen Kontext als wertschöpfend zu begründen<sup>3</sup>, stellt man das entsprechende betriebswirtschaftlich produzierende Verständnis dagegen, welches im Transport, in der Lagerung, in der Überproduktion, etc. Formen der Verschwendung erkennt (vgl. Brenner und Matyas 2018, Dowe 1995). Derartige Herausforderungen sind auch im Zuge der Diskussion zur vorliegenden Problemstellung an einigen Stellen zu erwarten.

Im Folgenden wird zunächst die Entstehung des Neoliberalismus grob nachgezeichnet, dessen Ansprüche zusammengefasst und den bereits erläuterten Verständnissen, einerseits von Kapitalismus und Sozialismus sowie andererseits von Markt- und Planwirtschaft gegenübergestellt sowie anhand verschiedener Dilemmata problematisiert.

<sup>1</sup> Kraler (2012) definiert den Begriff der Selbstähnlichkeit aus mathematischer Sicht. Selbstähnlichkeit ist demnach eine Eigenschaft von Objekten, auf unterschiedlichen Betrachtungs- bzw. Vergrößerungsebenen ähnliche Strukturen aufzuweisen. Dieses Verständnis wird im vorliegenden Beitrag auf die soziopsychologischen Mikro-, Meso- und Makroebenen (vgl. Schubert und Klein 2020) übertragen.

<sup>2</sup> Siehe auch oben, Abschnitt ‚Hintergründe‘

<sup>3</sup> Schließlich werden alle fünf Wirtschaftssektoren (vgl. Thommen 2020: 18 f.) im Rahmen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung gleichwertig erfasst (vgl. Hewel und Neubäumer 2017c).

## ZUR ENTSTEHUNG DES NEOLIBERALISMUS

Diese nachfolgenden Anmerkungen zur Entstehung des Neoliberalismus erheben nicht den Anspruch auf realgeschichtliche und biografische Vollständigkeit, sondern stellen einen Vorschlag zur ideengeschichtlichen Nachzeichnung dar.

Aus mehrerlei Gründen sei das Jahr 1883 an den Beginn dieses Abschnitts gestellt, welches mit den Biografien der wohl einflussreichsten Ökonomen Europas verbunden ist. Einerseits verstarb in diesem Jahr Karl Marx, geboren im Jahr 1818, andererseits wurden Joseph Alois Schumpeter und John Maynard Keynes geboren, Schumpeter als Denker im Sinne des Unternehmertums (Schumpeter 1997), gewissermaßen die Angebotsseite des Wirtschaftskreislaufes (Hewel und Neubäumer 2017c: 164) repräsentierend, und Keynes als Denker im Sinne der Haushalte, gewissermaßen die Nachfrageseite des Wirtschaftskreislaufes repräsentierend und mit dieser auch die Rolle des Staates, im Hinblick auf die Beeinflussung der Konsumneigung: *„Der Staat wird einen leitenden Einfluß [sic] auf die Konsumneigung teilweise durch ein System der Besteuerung, teilweise die Festlegung des Zinssatzes und teilweise vielleicht durch andere Wege ausüben müssen.“* (Keynes 2009: 318-319).

Beide Ökonomen erlebten die Zerstörungen zweier Weltkriege und deren Folgen für Gesellschaft und Wirtschaft, zum Beispiel die Weltwirtschaftskrise in den 1930er Jahren (vgl. Kindleberger und Ledig 2020), was sich im Werk Schumpeters niederschlug, beispielsweise in seinem Konzept der schöpferischen Zerstörung (Schumpeter 1950: 134), im Werk Keynes dagegen beispielsweise in der Kritik am Versailler Vertrag (Keynes 2024).

Auch dem, ebenso wie Schumpeter, aus Österreich stammenden Friedrich August von Hayek muss aufgrund seines Militärdienstes im Ersten Weltkrieg Zerstörungs- und Ohnmachtserfahrung zuerkannt werden, gleichwohl er, 1899 geboren, deutlich jünger ist als Schumpeter und Keynes. Jedoch führten Hayeks Erfahrungen offenbar zu anderen Schlussfolgerungen und Argumenten, die eng mit dem Begriff des Neoliberalismus verknüpft sind. Während Ökonomen wie Walter Eucken den so genannten Ordoliberalismus vertraten, der staatliche Eingriffe beispielsweise sozial- und konjunkturpolitischer Art vorsieht (z.B. Franco 2022), vertraten Ökonomen der so genannten Chicagoer oder Österreichischen Schule, wie Friedrich August von Hayek und Milton Friedman, einen Neoliberalismus, der derartige staatliche Eingriffe ablehnt, als Gegenentwurf zum Konzept der sozialistischen Planwirtschaft:

*„Unsere Bewegungsfreiheit in einer auf dem Wettbewerb beruhenden Gesellschaft steht und fällt damit, daß, wenn eine Person die Befriedigung unserer Wünsche ablehnt, wir uns an eine andere wenden können. Haben wir es aber mit dem Besitzer eines Monopols zu tun, so sind wir ihm auf Gnade und Ungnade ausgeliefert, und eine Planwirtschaftsbehörde, die die gesamte Volkswirtschaft lenkt, würde der mächtigste Monopolist sein, den man sich vorstellen kann.“* (Hayek 2019: 125)

Aus diesem Freiheitsverständnis nach Hayek leiten sich radikalisierte Begriffe wie Marktliberalismus, Marktentfesselung oder auch (quasi)religiöse Vergleiche ab (z.B. Eßbach 2019, Meier 1996), als eine Radikalisierung, die im Jahr 1947 in der durch Friedrich August von Hayek gegründeten Mont-Pelerin-Society (Hartung 2016, Walpen 2004: 84 ff.) einen Höhepunkt erreichte. Auf der Internetseite der Mont-Pelerin-Society (montpelerin.org 1947) ist zu lesen, dass man unter den Mitgliedern vor allem Gefahren in der Ausweitung der staatlichen Einflussmöglichkeiten, im Hinblick auf die staatlichen Wohlfahrt und in der Macht der Gewerkschaften sieht, die es auszuschließen gilt. Gleichzeitig zeigte Hayek sich kritisch

gegenüber der Entwicklung von Unternehmensmonopolen, was darauf schließen lässt, dass sich seine Überlegungen nicht in erster Linie um den radikalen Ausschluss staatlicher Einflüsse drehen, sondern um radikal *"Freies Unternehmertum oder Wettbewerbsordnung"* (Caldwell 2020: 31). Unter diesem Titel erläuterte von Hayek, im Zuge der Gründungsveranstaltung der Mont Pelerin Society, den Unterschied zwischen dem System eines laissez faire, als System eines freien Unternehmertums, und dem von ihm bevorzugten System, in dem der Staat und der rechtliche Rahmen zusammenarbeiten, zur effektiven und vorteilhaften Gestaltung des Wettbewerbs. Zwar wies das Konzept der freien Marktwirtschaft dem Staat auch eine gewisse Mindestrolle zu, zum Zweck des institutionellen Schutzes von Eigentums, zur Durchsetzung von Verträgen sowie zur Verhinderung von Gewalt und Betrug, was Hayek jedoch nicht ausreichte: Er stellte die Bedeutung des Aufbaus der intellektuellen Grundlagen des Liberalismus heraus, verwies dabei auf die Keynes'schen Anmerkungen (Keynes 2009: 323) zum Einfluss ökonomischer und staatsphilosophischer Theorien, also zunächst auf „Praktiker, die sich ganz frei von intellektuellen Einflüssen glauben“, die aber nur „Sklaven irgendeines verblichenen Ökonomen“ sind. Hayek erkannte, *"how effectively collectivists had staked out what appeared to be the moral high ground, Hayek insisted that what must be sought in a reconstituted liberal creed were "reforms which can be fought for by unselfish men, within a program for freedom"*<sup>1</sup> (Caldwell 2020: 32). Hayek spricht also von einem liberalen Glaubensbekenntnis, welches es nun in quasi-religiöser Manier in die Gesellschaft zu tragen gilt.<sup>2</sup> Hier wird deutlich, dass die Zerstörungs- und Ohnmachtserfahrungen aus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts bei Hayek zu völlig anderen Konsequenzen im Denken führten als es bei Keynes und Schumpeter der Fall war. Hayek scheint diesbezügliche Erfahrungen mit kollektivistischen Ideologien mit einer individualistischen Ideologie beantworten zu wollen, jedoch dieselben Wirkmechanismen ausnutzend und ohne die gleichartigen Zerstörungspotentiale kritisch zu reflektieren (vgl. bspw. Huffschmid 2008).

In der Tradition des Hayek'schen Vorhabens steht Milton Friedman, der Begründer des so genannten Monetarismus (Egger 2023). Im Gegensatz zum Hayek'schen Verständnis, welches das Wirtschaftswachstum im Wesentlichen auf die gesamtwirtschaftliche Produktionsmenge zurückführt,<sup>3</sup> quasi als Gegenpol zur Keynes'schen Nachfrageorientierung, stellt der Monetarismus die gesamtwirtschaftlich im Umlauf befindliche Geldmenge, als zentrales geldpolitisches Steuerungsinstrument, in den Fokus. Hintergrund der monetaristischen Argumentation ist die neoklassische Quantitätstheorie nach Irving Fisher, die sich in der so genannten Verkehrsgleichung verdichten lässt (Fisher 2019: 11-12):

*„Wenn man von dem Einfluß [sic] der Depositenumlaufmittel oder Schecks absieht, kann man sagen, daß das Preisniveau nur von drei Ursachengruppen bestimmt wird: 1. von der Quantität des im Umlauf befindlichen Geldes; 2. von seiner „Leistungsfähigkeit“ oder Umlaufgeschwindigkeit (oder der Durchschnittszahl der jährlichen Umsätze von Geld gegen Güter); und 3. vom Umsatzvolumen (oder von der Menge der mittelst Geld gekauften Güter).“*

Das Produkt aus umlaufender Geldmenge  $M$  und deren Umlaufgeschwindigkeit bzw. Umschlaghäufigkeit  $V$  ist demnach gleich dem Produkt aus Preisniveau  $P$  und Umsatzvolumen  $Q$ . Das Produkt aus  $M$  und  $V$  repräsentiert dabei den gesamtwirtschaftlichen Finanzkreislauf, der den Güterkreislauf, repräsentiert durch das Produkt aus  $P$  und  $Q$ , finanziert. Fisher stellte diesen Zusammenhang auf der Basis

<sup>1</sup> Hayek erkannte, wie wirkungsvoll die Kollektivisten das, was ihnen als moralische Überlegenheit erschien, abgesteckt hatten und bestand darauf, dass in einem wiederhergestellten liberalen Glaubensbekenntnis "Reformen, die von selbstlosen Menschen im Rahmen eines Freiheitsprogramms erkämpft werden können", angestrebt werden müssten.

<sup>2</sup> Keynes verweist im letzten Satz seiner Allgemeinen Theorie (Keynes 2009: 324) auf die Gefahren eines solchen Vorgehens: „Aber früher oder später sind es Ideen, und nicht eigennützige (Gruppen-)Interessen, von denen die Gefahr kommt, sei es zum Guten oder zum Bösen.“

<sup>3</sup> Dies ist eine verkürzte Darstellung der Hayek'schen Lehre. Hayek steht nicht nur für einen radikal befreiten Gütermarkt, sondern ebenso für ein radikal freies Bankensystem (Starbatty 1982). Dies zu erörtern, muss nachfolgenden Beiträgen vorbehalten bleiben.

des Sayschen Theorems auf, der These folgend: „*Das Angebot schafft sich selbst seine Nachfrage*“ (Eibner 1995: 23), losgelöst von der umlaufenden Geldmenge, was so viel heißt, wie: „*Alles Geld kauft alle Güter*“ (ebd.). Das gesamtwirtschaftliche Geldvolumen wird somit dem gesamtwirtschaftlichen Produktionsvolumen gleichgestellt. Das Verständnis des Monetarismus stellt einerseits die Gütermenge  $Q$ , als Gegenstand dezentraler Produktionspläne, und andererseits den Geldmengenumschlag  $V$ , als Ausdruck des Nachfrageverhaltens als Folge dezentraler Konsumpläne, als exogene Größen fest, sodass sich aus der Fisher´schen Verkehrsgleichung ein direkter Zusammenhang zwischen Geldmenge und Preisniveau ableiten lässt. Somit ist eine für den Monetarismus wesentliche theoretische Grundlage hergeleitet, der folgend über die Geldmenge die produzierte bzw. umgesetzte Gütermenge, also die Wirtschaftsentwicklung beeinflussbar sei.

Eine davon abweichende Leseart der Fisher´schen Verkehrsgleichung zeigt die Cambridge-Gleichung nach Arthur Cecil Pigou (1877-1959) und Alfred Marshall (1842-1924) (Felderer und Homburg 2005: 77 ff.). Der Fokus liegt zunächst auf der Geldmengenumschlaghäufigkeit  $V$ , die durch Division auf die Seite des Güterkreislaufes rückt und als Kehrwert der Umschlaghäufigkeit  $V$ , als Kassenhaltungskoeffizient  $k$  in Erscheinung tritt. Die neue Leseart ist folgende: Gegeben sei der Kassenhaltungskoeffizient  $k$ , ebenso als Ausdruck eines gesamtgesellschaftlichen Nachfrageverhaltens. Sodann beeinflusst die Höhe des realen Outputs (Handelsvolumen:  $P \cdot Yr$ ) die Höhe der entsprechend nachgefragten Geldmenge.

Die Fisher´sche Verkehrsgleichung berücksichtigt mit der Größe  $Q$  auch Mehrfachtransaktionen desselben Gutes, die Cambridge-Gleichung mit der Größe  $Yr$  dagegen das reale Bruttoinlandsprodukt ohne Mehrfachtransaktionen. Mit der Cambridge-Gleichung lassen sich also unterschiedliche Motive für Kassenhaltung (Liquiditätspräferenz) berücksichtigen, zum Beispiel die nötige Überbrückung der Zeit zwischen Einnahme und Ausgabe des Einkommens betreffend, die Überbrückung der Zeit zwischen Einkauf und Verkauf einer Ware betreffend, Vorsorge für unvorhersehbare Ausgaben betreffend oder günstigerer Geldanlagemöglichkeiten in der Zukunft betreffend. Mit der Verkehrsgleichung nach Fisher ist das so nicht möglich.

Während also der Neoliberalismus damit begonnen hat, den Fokus der Wirtschaftsentwicklung von der Nachfrageseite auf die Anbieterseite zu verschieben, dabei den staatlichen Einfluss jedoch auf ein Minimum zu reduzieren beabsichtigte, etablierte der Monetarismus, dieser Tradition folgend, die Geldmengenänderung als wesentliches wirtschaftspolitisches Instrument. Die staatlichen Eingriffe der Wirtschaftspolitik galt es also in geldpolitische Eingriffe der Banken zu überführen.

Aus der Geld-, Bank- bzw. Fremdkapitalorientierung des Monetarismus lässt sich ideengeschichtlich das eigenkapitalorientierte Shareholder-Value-Prinzip nach Rappaport (1999) ableiten. Shareholder Value kennzeichnet dabei den Marktwert des in einem Unternehmen gebundenen Eigenkapitals. Und als Shareholder werden die Eigenkapitalgeber bezeichnet. Als Ziel des Shareholder-Value-Prinzips gilt die Erhöhung der Eigenkapitalrendite durch kontinuierliche Steigerung des Unternehmensgewinns. Lingnau (2018: 1) beschreibt dies als Formalziel der „*Shareholder Value*“-Maximierung“. Shareholder sind Anteilseigner und verfügen somit über Eigentumsrechte am Unternehmen.

Als Konzept mit betriebswirtschaftlichem Schwerpunkt lassen sich zunächst nur implizite Annahmen zur gesamt- bzw. volkswirtschaftlichen Rolle des Finanzwesens aus dem Shareholder-Value-Prinzip ableiten. Hervorzuheben ist dabei eine zunehmende Trennung der Kapitaleigner von der produktiven Wertschöpfung, also vom Unternehmertum. Während das Unternehmertum die Interessen der Kunden



in den Vordergrund des Entscheidens stellt, geht es dem Shareholder-Value-Prinzip um die Interessen der Kapitaleigner. Die kurzfristige Kapitalrendite löst den langfristig rentablen Unternehmensbestand<sup>1</sup> als zentrales Unternehmensziel ab. In diesem Aspekt lässt sich dieses betriebswirtschaftliche Konzept auf gesamtwirtschaftliche und somit wirtschaftspolitische Sachverhalte übertragen: Orientierung wirtschaftspolitischer Entscheidungen zunehmend an kurzfristigen Eigenkapitalrenditen (Aspekte der staatlichen Wohlfahrt mehr und mehr einschränkend), den langfristig rentablen, gesamtwirtschaftlichen Unternehmensbestand (auf Aspekte der staatlichen Wohlfahrt angewiesen) immer mehr aus den Augen verlierend. Dies findet eben auch in der neoliberal motivierten Schwächung des staatlichen Einflusses und damit im Diktat der leeren Kassen nach Herbert Giersch seine Entsprechungen. Supp (2012: 56) schreibt dazu:

*„Man brauche „das Diktat der leeren Kassen“. Man brauche „ein Defizit, das als anstößig gilt“. So könne man den Staat beschneiden. Ganz unverblümt steht es da: Nicht aus Notwendigkeit solle der Staat machtloser und ärmer werden, sondern aus Prinzip.“*

Giersch gilt als einer *„der führenden neoliberalen Wirtschaftswissenschaftler, wie Thatcher ein Hayek-Anhänger, auf den sich ja jede klassische marktliberale, jede klassisch unternehmerfreundliche Politik beruft.“* (Supp 2012: 56). Margaret Thatcher, die ehemalige britische Premierministerin, *„hat es getan. Unbeirrbar im Glauben, schneidend im Ton: „Die Menschen sind es, die für sich selbst sorgen müssen“, so sah sie es. Radikale Marktfreiheit, das war ihre Mission. Sie wollte nicht nur deregulieren, Steuern senken, privatisieren. „Die Ökonomie ist nur das Mittel. Es geht darum, das Denken zu verändern“, sagte sie.“* (ebd.)

Unternehmertum und Eigenkapitalgeber unzulässigerweise miteinander vermischend, sei die Ökonomie also nur Mittel, um das Denken der Menschen zu verändern. Die Menschen sollten demnach damit einverstanden sein, dass der Staat und somit sie selbst zu Gunsten radikaler Marktfreiheit bzw. zu Gunsten der Durchsetzung von Shareholder-Interessen an Macht und Einfluss verlieren. Die Ökonomie und damit das Unternehmertum wird zum Mittel, der Ökonom damit zur letztbegründenden Autorität erklärt, dem man glauben soll, einem Kleriker oder einem (Wirtschafts-)Weisen ähnlich: *„Das ist es, woran wir glauben.“*, sagte einst Margaret Thatcher, unter Verweis auf die Lehren Friedrich August von Hayeks (ebd.).

## **DILEMMATA DES MARKTWIRTSCHAFTLICHEN NEOLIBERALISMUS**

Diese Vorstellung von radikaler Marktfreiheit, als ins Extreme geführte Dezentralisierung, muss mittel- und langfristig, auf Grund des oben erläuterten Gleichgewichtsstreben einer jeden Marktlogik (siehe Preismechanismus), zunächst zum Stillstand führen, entweder durch Bildung von Angebotsmonopolen oder durch erfolgreich wirkenden Preismechanismus. Dies führt letztlich an entsprechenden Stellen zur Ausbildung von Zentralverwaltungs- also Planwirtschaftsstrukturen: Einerseits müssen eben auch Angebotsmonopole, einer Zentralverwaltungsstruktur ähnlich, Preis- und Mengenstrategien entwickeln und verfolgen, die stets an Nachfragefunktionen zu orientieren sind<sup>2</sup>. Andererseits muss der Staat, dann ebenso einer Zentralverwaltungsstruktur immer ähnlicher werdend, Marktgleichgewichte irritieren, je-

<sup>1</sup> Der langfristig rentable Unternehmensbestand, als zentrales Unternehmensziel, ergibt sich unter anderem aus dem Schumpeter'schen Unternehmensverständnis, dementsprechend aufgenommene Kredite zum Erwerb von Produktionsmitteln – zur Durchsetzung neuer Kombinationen – über einen mittel- bis langfristigen Zeitraum rückzuerstatten sind, was den langfristig rentablen Unternehmensbestand voraussetzt (Schumpeter 1997: 99 ff.). Dieser Umstand wird angesichts zunehmender Anteile des Dienstleistungssektors an der gesamtwirtschaftlichen Leistung (statista.com 2023a) immer seltener diskutiert.

<sup>2</sup> Somit sind auch Monopole und Kartelle in ihren Entscheidungen nicht frei und unabhängig von Nachfrage, also Einkommen und Preisniveau.

doch nicht zur Zerstörung, sondern zur Stabilisierung bestehender Produktionsstrukturen und entsprechender Produktionskapazitäten, was sich ebenfalls an Nachfragefunktionen auszurichten hat. Während Angebotsmonopole die Angebotsmenge und -preise beeinflussen, beeinflusst der Staat die Nachfragemenge und Einkommenssituation der Haushalte, beides zur Irritation von Marktgleichgewichten, zum Zweck eines angebotsmengenorientierten Wirtschaftswachstums. Marktradikalismus führt also in letzter Konsequenz zur Entstehung marktwirtschaftlichen Stillstands bzw. Gleichgewichts und somit zu gesamt- oder zumindest teilwirtschaftlicher Zentralverwaltungsstrukturen, als Folge einer unumgänglichen marktökonomischen Orientierung auf Nachfragefunktionen. Letztere gilt es zu irritieren, um Wachstum zu fördern, ohne die Angebotsseite in ihren bestehenden Strukturen und Kapazitäten zu (zer)stören.

Hier lässt sich ein Motiv der radikalisierten Marktfreiheit im Sinne des Neoliberalismus skizzieren: Diese Freiheit im Entscheidungsverhalten (quasi)monopolistischer Strukturen wird durch Nachfrageverhalten eingeschränkt. Logische Folge dieser Einschränkung ist das Bestreben, unabhängig von Nachfrage agieren zu können, also auch unabhängig von Sättigungsfähigkeit, Einkommen und Preisniveau. Hans Werner Sinn, ehemaliger Präsidenten des ifo Instituts und ehemaliges Mitglied des Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, fasste dies im Jahr 2007 wie folgt zusammen:

*„Autos kaufen Autos [...] Konsum ist schädlich für das wirtschaftliche Wachstum und unnötig für die Konjunktur.“<sup>1</sup>*

Der Ausdruck „Autos kaufen Autos“ (ebd.) bezieht sich dabei, vermeintlich widerlegend, auf eine Aussage, die dem amerikanischen Industriellen Henry Ford zugesprochen wird: ‚Autos kaufen keine Autos‘, womit die Abhängigkeit des Produktions- und somit Absatzwachstums von einer entsprechenden Nachfrage herausgestellt werden soll, die Nachfrage wiederum als abhängig von Preisniveau und Nominal-einkommen. Hans Werner Sinn negiert offenbar diese für marktwirtschaftliche Ansprüche grundlegende Annahme, was, weiter zuspitzend, auf die Aussage eines bekannten US-amerikanischen Investors namens Warren Buffett zeigt, der auf die Frage eines Journalisten der New York Times nach dem zentralen Konflikt unserer Zeit wie folgt geantwortet hat (hier die deutsche Übersetzung): ‚Es herrscht Klassenkrieg, richtig, aber es ist meine Klasse, die Klasse der Reichen, die Krieg führt, und wir gewinnen.<sup>2</sup> Es herrscht also ein Klassenkrieg der Reichen gegen die Armen, glaubt man einem der erfolgreichsten Investoren (Shareholder) der jüngsten Wirtschaftsgeschichte. Ökonomisch könnte es wie folgt übersetzt werden: Es herrscht Klassenkrieg der Angebotsseite gegen die Nachfrageseite (nach Hayek), der eigenkapitalorientierten Shareholder gegen das nachfrageorientierte Unternehmertum (nach Rappaport und Friedman). Und die Shareholder der Angebotsseite werden gewinnen (nach Buffett).

Herbert Giersch, Hans Werner Sinn und Warren Buffett dokumentieren somit eine ideengeschichtliche Zuspitzung der neoliberal-monetaristischen und am Shareholder-Value orientierten Entwicklung des Wirtschaftsverständnisses und damit auch der Wirtschaftspolitik<sup>3</sup>.

<sup>1</sup> Vgl. [https://www.hanswernersinn.de/de/medienecho\\_4600667\\_ifostimme-Wiwo-19-03-07](https://www.hanswernersinn.de/de/medienecho_4600667_ifostimme-Wiwo-19-03-07) (abgerufen am 28.03.2024)

<sup>2</sup> Warren Buffett: *“There’s class warfare, all right, but it’s my class, the rich class, that’s making war, and we’re winning”*, zitiert nach Stein (2006)

<sup>3</sup> In diesem Zusammenhang sei auch auf das Lambsdorff-Papier von 1982 (vgl. z.B. Bökenkamp et al. 2012) und auf die Agenda 2010 des Kabinetts Schröder II (vgl. z.B. Hüther 2023) verwiesen, als weitere Beispiele für heute wirksame politische Entscheidungen im Sinne des Hayek’schen Neoliberalismus.

Ausgehend von einem nachfrageorientierten, die Bedürfniserzeugung und -befriedigung problematisierenden Verständnis im Keynesianischen Denken verschiebt sich der Begründungsbezug wirtschaftspolitischer Entscheidungen auf den Anbieter und dessen Produktionspotential, im Sinne Hayeks. Mit dem monetaristischen Verständnis nach Friedman verschiebt sich besagter Begründungsbezug auf die Geldmenge bzw. auf Wirtschaftswachstum durch Geldschöpfung und mit dem Shareholder-Value-Prinzips nach Rappaport auf (unbegrenzt)es Wirtschafts- bzw. Kapitalwachstum durch Erhöhung der Eigenkapitalinvestitionsvolumina und -renditen, also die Interessen der Kapitaleigner bzw. Investoren betreffend. Das Verständnis von Unternehmertum durchlief damit verschiedene Stationen, vom Bedürfnisbefriediger nach Keynes (Nachfrageorientierung) über den im Wettbewerb stehenden Güterproduzenten nach Hayek (Unternehmensorientierung) hin zum Investitionsobjekt nach Friedman (mittel- und langfristige Geldmengen- bzw. Bankenorientierung als Fremdkapitalorientierung). Mit dem Verständnis nach Rappaport verschiebt sich das bis heute wirksame Verständnis von Unternehmertum, wie es zum Beispiel auch durch Giersch, Sinn und Buffett angedeutet wird, in Richtung Spekulationsobjekt (kurzfristige Investoren- bzw. Renditeorientierung als Eigenkapitalorientierung).<sup>1</sup>

Eine weitere Perspektive auf diese Entwicklung bezieht sich auf die Sättigungsfähigkeit von Märkten. Seit Ende des Zweiten Weltkrieges lassen sich Trends der Marktsättigung feststellen, beispielsweise durch abnehmende Wachstumsraten der Gesamtwirtschaft und mit diesen auch abnehmende Eigenkapitalrenditen, bei gleichzeitig ansteigendem und immer asymmetrisch verteiltem Bar- oder Geldvermögen (vgl. statista.com 2023b). Ulrich (2019: 48) spricht in diesem Zusammenhang „*Von der neuen Armut des Kapitals*“. Am Ende marktwirtschaftlich neoliberaler Systementwicklung, aus Zuständen der Marktuntersättigung hervorgehend und Zustände der Marktsättigung weiter übersteigend, steht also die geplante Obsoleszenz<sup>2</sup> (vgl. Köpfer 2021, Hübner 2013), zuerst die des Produktes, später die des Konsumenten.

Die Fragen, die sich nun daraus ergeben, sind folgende: Wenn die einem Gleichgewicht zustrebende Marktdynamik aufgrund übersättigter Nachfrage kein weiteres Wirtschaftswachstum ermöglicht, selbst unter Einsatz innovativster Produkte, geplanter Obsoleszenz und modernster Marketingkonzepte soziopsychologischer Wirkprinzipien, wenn somit auch das Prinzip der radikalen Marktfreiheit seine Wachstumspotentiale vollständig ausgeschöpft hat und sich einem unüberwindlichen Marktgleichgewicht zubewegt: Wer gibt weitere Impulse zur Fortsetzung des Kapitalwachstums? Wie ist das Konzept des marktwirtschaftlichen Neoliberalismus weiterzudenken? Welche Formen der Verwaltungsstruktur entwickeln sich daraus? Aus diesen Fragen lassen sich Dilemmata des marktwirtschaftlichen Neoliberalismus ableiten, die nachfolgend vorgestellt und kurz diskutiert werden.<sup>3</sup>

**Erstes Dilemma: Eigenkapitalwachstum und Marktgleichgewichtsstreben – Wer oder was gibt weitere Impulse zur Fortsetzung des Kapitalwachstums?**

<sup>1</sup> Es ist zu beobachten, dass die hier skizzierte Entwicklung des Verständnisses von Unternehmertum auch auf das Verständnis von Gesamt- oder Volkswirtschaft übertragbar ist. Gerade aktuelle Meldungen zum Wiederaufbau kriegsgeschädigter Staaten durch Privatinvestoren verleiten zu dieser Feststellung, vgl. z.B. <https://www.handelsblatt.com/politik/international/ukraine-wiederaufbaukonferenz-blackrock-und-jp-morgan-bereiten-investitionen-vor/29217966.html> (abgerufen am 24.06.2024)

<sup>2</sup> Geplante Obsoleszenz heißt: geplante Verkürzung der Produkt- oder Systemlebensdauer. Dazu mehr im Abschnitt zum zweiten Dilemma.

<sup>3</sup> Offensichtlich wird es auf derartige Fragen, hochkomplexe gesellschaftliche Zusammenhänge betreffend, keine eindeutige, lineare Antwort geben. Vester (2002: 20) spricht von einer „*Scheu vor »weichen« Daten*“ und von der Notwendigkeit des „*Erkennen von Mustern*“ (ebd.: 21) im Zuge der Analyse komplexer Systeme. Dies ist auch im vorliegenden Fall nötig zu erkennen, aufgrund dessen nachfolgend mögliche Erklärungsmuster skizziert und diskutiert werden, ohne jedoch damit Wahrheitsansprüche und Bekenntnisaufrufe zu verbinden.

Ein kurzer Rückblick auf das Schumpeter´sche Unternehmerverständnis: Der Unternehmer nimmt einen Bankkredit auf, verstanden als Fremdkapital, um Produktionsmittel zur Güterproduktion zu erwerben. Die Rückzahlung des Kredites zuzüglich Zinsen muss nun aus der laufenden Geschäftstätigkeit erwirtschaftet werden. An deren Ende gehen die Produktionsmittel in das Privateigentum des Unternehmers über. Unternehmensbezogene Kreditaufnahme, als Vorgang gesamtwirtschaftlicher Geldschöpfung, führt im Normalfall zu Privateigentum an Produktionsmitteln und begründet das produktionswirtschaftliche Unternehmer- und Unternehmensverständnis. Dies lässt sich als (fremdkapitalorientierter) Grundmechanismus des Industriekapitalismus beschreiben.

Im Gegensatz dazu steht das Prinzip der eigenkapitalfinanzierten Unternehmenstätigkeit. Mit dem Erwerb von Unternehmensanteilen verfügt einerseits das Unternehmen über notwendige Geldmittel und andererseits der Eigenkapitalgeber über Mitspracherechte im Zuge strategischer und operativer Unternehmensentscheidungen, weitgehend unabhängig von seiner diesbezüglichen Kompetenz, dem Prinzip folgend: „*Wer zahlt, braucht keine Argumente.*“ (Brock 1989: 269). Dies lässt sich als (eigenkapitalorientierter) Grundmechanismus des Finanzkapitalismus beschreiben.

Die Bank ist, so könnte man unterstellen, am langfristigen Unternehmensbestand interessiert, da dies die Voraussetzung der Kreditrückzahlung ist. Eigenkapitalgeber sind an kurzfristigem Unternehmenswachstum interessiert, welches sich dann in Form von Dividendenauszahlung bzw. in Form von Erlösen aus dem Verkauf von Unternehmensanteilen niederschlägt. Eigenkapitalgeber werden in der Wahrnehmung ihrer Mitspracherechte also das kurzfristige, schnellstmögliche Wachstum stets über den langfristigen Unternehmensbestand stellen. In shareholder-value-orientierten Unternehmensstrategien stehen Shareholderinteressen mehr und mehr über denen der Stakeholder. Der Fokus liegt heutzutage, aufgrund zunehmender Markt- bzw. Nachfragesättigung, also zunehmend auf dem von der Nachfrage weitestgehend losgelösten Ausbau der unternehmerischen Produktionspotentiale sowie auf radikaler Kostenreduktion. Die infolgedessen entstehenden strukturellen Überkapazitäten auf der gesamtwirtschaftlichen Angebotsseite werden im volkswirtschaftlichen Kontext als Wirtschaftswachstum ausgewiesen<sup>1</sup>, während im betriebswirtschaftlichen Kontext derartige strukturelle Überkapazitäten als eine Hauptursache für Insolvenzen gelten<sup>2</sup>. Eine ökonomische Begründung dieses Widerspruchs zwischen volkswirtschaftlichem und betriebswirtschaftlichem Umgang mit strukturellen Überkapazitäten steht nach derzeitigem Kenntnisstand noch aus.

Kapitalismus kann demnach nicht gleichzeitig Friedman´sche Fremdkapitalorientierung (Industriekapitalismus) und Rappaport´sche Eigenkapitalorientierung (Finanzkapitalismus) in sich vereinen, ohne sich erheblich selbst zu widersprechen. Vor allem im Zuge zunehmender Markt- bzw. Nachfragesättigung und damit einhergehend wachsender struktureller Produktionsüberkapazitäten weisen beide Orientierungen, im Hinblick auf ihre inhärenten System- und Eskalationslogiken, immer größere Unterschiede auf.

Mit den oben skizzierten marktwirtschaftlichen Ansprüchen (De-Zentralverwaltung) zusammengeführt ergibt sich aus diesem volkswirtschaftlichen Umgang mit strukturellen Überkapazitäten das erste Dilemma: Die sich aus der volks- und betriebswirtschaftlichen Shareholderorientierung ergebenden

<sup>1</sup> Das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz definiert Wirtschaftswachstum folgendermaßen: „*Unter Wirtschaftswachstum versteht man technisch zunächst die Änderung des Bruttoinlandsprodukts (BIP), also die in Werten ausgedrückte Summe der in einer Volkswirtschaft produzierten ökonomischen Güter (Waren und Dienstleistungen), von einer Periode zur nächsten.*“ (bmwk 2024b)

<sup>2</sup> Berger und Rodenbücher (2010): 63% der Insolvenzen deutscher Unternehmen sind auf strukturelle Überkapazitäten zurückzuführen.

strukturellen Überkapazitäten, führen, in Verbindung mit der mehr und mehr zurückgehenden Kaufkraft der Haushalte als Folge der radikalen Kostenreduzierung, zu einem gesamtwirtschaftlichen ebenso strukturellen Angebotsüberhang, welcher, dem marktwirtschaftlichen Preismechanismus folgend, zu erheblichen strukturellen Deflationsrisiken führt. Der marktwirtschaftliche, einen markträumenden Gleichgewichtszustand zwischen Angebot und Nachfrage anstrebende Preismechanismus ist demnach mit den Ansprüchen der Shareholder nach stetigem Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentiale (Eigenkapitalrenditen) nicht vereinbar. Mit anderen Worten: Das gesamtwirtschaftliche, aus dem Neoliberalismus hergeleitete Wachstumsparadigma führt die Nachfrage, als zentrale Wachstumsimpulsgeberin innerhalb des marktwirtschaftlichen Anspruchs, und damit den Preismechanismus des Marktwirtschaftsprinzips als Ganzes ad absurdum.

Zweites Dilemma: Wachstums bei Markt(über)sättigung – Wie ist das (widersprüchliche) Konzept des marktwirtschaftlichen Neoliberalismus weiterzudenken?

Im Jahr 2008 war in der Berliner Morgenpost folgendes zu lesen: *„Porsche erzielt im laufenden Geschäftsjahr offenbar mehr Gewinn als Umsatz. Grund ist die Neubewertung der Beteiligung an VW. Manager erwarten einen Gewinn von mehr als elf Milliarden Euro bei 8,6 Milliarden Euro Umsatz. Porsche verdient vor allem an VW-Dividenden, der Verkauf von Autos nimmt sich dagegen zweitrangig aus.“* (morgenpost.de 2008)

Das Shareholder-Value-Prinzip transformiert Produktionsunternehmen zu Akteuren der Finanzwirtschaft. Porsche profitierte vom Wachstum der Konkurrenz, also vom Ausbau der Produktionskapazitäten auf Seiten der Konkurrenz. Porsche wächst also, trotz einer bereits bestehenden strukturellen Überkapazität der Automobilbranche von 25% (oldenburger-onlinezeitung.de 2020) und hebt damit sowohl das kapitalistische Wettbewerbsprinzip als auch das Prinzip des markträumenden Preismechanismus gleichermaßen auf.

Die Folgen von strukturellen Überkapazitäten gesamtwirtschaftlicher Produktion lassen sich unter dem Begriff der Markt(über)sättigung zusammenfassen, Marktübersättigung als Ausdruck struktureller Überkapazitäten, deren Produktionsmenge (Marktvolumen) mit den verfügbaren Haushaltseinkommen (Marktpotential) nicht mehr zu finanzieren sind.

Wirtschaftswachstum, als Wachstum gesamtwirtschaftlicher Produktionskapazität verstanden, über die Grenze der Marktsättigung (Marktvolumen = Marktpotential = marktwirtschaftlicher Gleichgewichtszustand) hinausgehend, ist dennoch nicht unmöglich. Auf die oben angesprochene Fisher'sche Verkehrsgleichung verweisend, ist dies möglich, zum Beispiel durch Erhöhung des Geldumschlags  $V$ . Dieser ergibt sich aus der Verkürzung der Produktlebensdauern und damit einer Erhöhung des Produktschlags pro Zeiteinheit. In diesem Zusammenhang wird auch von geplanter Obsoleszenz (Poppe und Longmuß 2019) gesprochen, also der bewussten Verkürzung der Produktlebensdauern, als Möglichkeit des Wirtschaftswachstums, auch über die Marktsättigung hinausgehend. Hier tritt das zweite Dilemma in Erscheinung: Wirtschaftswachstum über die Marktsättigung hinausgehend führt zu struktureller Ressourcenverschwendung und widerspricht dem allgemeinen Grundsatz der Ökonomie: *„Herstellung und Verteilung knapper Güter“* (Hewel und Neubäumer 2017b: 4). Würde die Ökonomie also den stetig wachsenden Überfluss an Gütern bzw. an entsprechenden Produktionskapazitäten anstreben, als Zwangsfolge eines über die Marktsättigung hinausgehendes Wachstumsanspruchs, verlöre sie ihre

eigene Begründbarkeit als wissenschaftliche Disziplin. Das Konzept des marktwirtschaftlichen Neoliberalismus führt am Ende also auch zum Verlust der Legitimierbarkeit der Ökonomie als wissenschaftliche Disziplin.

Drittes Dilemma: Der Konsument als Wachstumsgrenze – Welche Formen der Verwaltungsstruktur entwickeln sich daraus?

Entwickelt sich nun das Shareholder-Value-Prinzip nach Rappaport zu einem gesamtwirtschaftlichen, also zu einem wirtschaftspolitischen Paradigma, wie es eben auch schon im Neoliberalismus nach Hayek und im Monetarismus nach Friedman angelegt ist, wie oben skizziert, erzeugt dies zunehmend die Notwendigkeit staatlicher Eingriffe in die wirtschaftlichen Abläufe, einerseits zur Sicherstellung kontinuierlichen Wachstums durch Erhöhung des Geld- bzw. Produktumschlags und andererseits zur Abwendung der aus der strukturellen Überkapazität resultierenden strukturellen Deflationsrisiken. Der Konsum wird aufgrund seiner Sättigungsfähigkeit (systematische Grundlage des marktwirtschaftlichen Preismechanismus) zum Hindernis des Wachstumsparadigmas und das Unternehmen damit vom Investitions- zum Spekulationsobjekt (Entwicklung von industriekapitalistischer zu finanzkapitalistischer Wirtschaftspolitik). Die systematischen Eingriffe des Staates erzeugen damit Strukturen einer Zentralverwaltung, einerseits zur zentralen Koordinierung und Finanzierung eines kontinuierlichen, weiter übersättigenden Wachstums gesamtwirtschaftlicher Produktionskapazitäten (zum Beispiel durch Rettungsschirme und Investitionsgarantien, vgl. [bmwk.de](http://bmwk.de) (2024c)) und andererseits zur zentralen Steuerung des Konsums durch Erhöhung des Geld- und Produktumschlags (zum Beispiel durch Abwrackprämie und Heizungsgesetz bzw. durch Tankrabatte und Inflationsausgleichszahlungen).

Aus dieser zunehmenden Verwaltungszentralisierung des Wirtschaftswachstums, als Wachstum des angebotsseitigen Produktionspotentials über die Marktsättigungsgrenze hinausgehend verstanden, ergibt sich ein drittes Dilemma: Wie lässt sich unter diesen Umständen das zentrale Recht des Industrie- bzw. Unternehmerkapitalismus auf Privateigentum an Produktionsmitteln legitimieren, wenn dies sich nicht mehr durch entsprechende Nachfrage und somit durch die Steigerung des gesamtgesellschaftlichen Wohlstands zu beweisen hat, sondern allein durch die kontinuierliche Steigerung des leistungslosen Einkommens der Shareholder? Wie weit dieses Dilemma bereits wirksam ist, zeigt das bereits angesprochene Zitat des neoliberalen Ökonomen Herbert Giersch, überschrieben mit dem ‚Diktat der leeren Kassen‘. Der Staat habe demnach seine sozialstaatlichen Ausgaben zu reduzieren, zur Rechtfertigung dieses Vorgehens eben auch weniger Steuermittel dafür einzunehmen, also quasi ‚leere Kassen‘ sicherzustellen, wohl aber die strukturellen Überkapazitäten der eigenkapitalfinanzierten Wirtschaftsakteure gegenzufinanzieren. Gerade die Umstände, die zum Nachtragshaushalt 2024 des Finanzministeriums geführt haben, und die Art und Weise, wie mit den Konsequenzen umgegangen wurde, zeigen, dass die Giersch´schen Ideen, die dem ‚Diktat der leeren Kassen‘ zugrunde liegen, bis heute wirksam sind (vgl. [bspw. bmf.de](http://bmf.de) (2023)).

In letzter Konsequenz löst sich stabiles (Eigen)Kapitalwachstum der Shareholder von Konsumsättigung und Haushaltseinkommen, also von Binnenmarkt und Lohnniveau. Somit lässt sich vor allem das Wachstum (quasi)monopolistischer Konzernstrukturen nahezu uneingeschränkt einerseits über staatlich finanzierte strukturelle Überkapazitäten bewirken und andererseits über die radikale, fast uneingeschränkte Senkung der betrieblichen Personalkosten. Krisen und Kriege avancieren zu Letztbegründungen systematischer staatlicher Eingriffe zur Gegenfinanzierung der strukturellen Überkapazitäten

und zur Abwendung zunehmender Deflationsrisiken und das mit Erfolg, wie die Entwicklung des Geldvermögens in Krisen- und Kriegszeiten zeigt (statista.com 2023b). Letztlich wird der Konsument durch den Steuerzahler ersetzt.

Viertes Dilemma: Ökonomie zwischen Denknötwendigkeit und realwirtschaftlichen Handlungszwängen<sup>1</sup>

Oben wurde die Debatte um Gesellschafts- und Wirtschaftsverständnisse verglichen mit dem Aushandeln von Spielregeln im Zuge kindlicher Weltaneignung (vgl. Oerter 2007: 8) und auf Piaget (1969: 216) verwiesen, dass die Funktion des Spielens als *„die Abwehr dagegen, dass die Welt der Erwachsenen und die allgemeine Wirklichkeit das Spiel stören, um sich an einer Wirklichkeit, die man für sich selbst hat, zu erfreuen.“* Auch auf Oerter (2007: 16) sei noch einmal verwiesen: *„Bei den Entwicklungsthematiken steht an erster Stelle das Ausspielen von Macht und Kontrolle.“*

Dieses vierte Dilemma verweist auf die psychischen und sozialen Diskursfunktionen im ökonomischen Deutungsrahmen, als einem sprachlichen Konstrukt zur Herstellung einer individuellen und kollektiven Wirklichkeit, *die man für sich selbst hat [...]*.“ (Piaget 1969: 216), als Hort der Sicherheit gegenüber der beängstigenden Welt der Erwachsenen. Wenn Entscheidungsträger aus Wirtschaft und Politik nicht direkt mit den Folgen ihrer Entscheidungen konfrontiert werden können, im Sinne einer Welt mündiger Erwachsener, lässt sich in ihrem Verhalten und Entscheiden zunehmend eine Entwicklung kindlicher Formen der Selbst- und Weltaneignung erkennen, die als Form psychischer Regression begründet werden kann. Vor diesem Hintergrund erscheinen Neoliberalismus, Monetarismus und Shareholder-Value-Prinzip als Wertesysteme innerhalb des ökonomischen Deutungsrahmens zur Abwehr einer Erwachsenenwelt der Eingeschränktheiten und Abhängigkeiten von exogenen Einflüssen, wie sie im Keynes´ schen und auch im Schumpeter´ schen Denken immer noch angelegt sind. Gerade die politischen Umgangsformen mit ökonomischen und geopolitischen Wirklichkeiten und Konflikten zeigen diese Form der psychischen Regression<sup>2</sup>: Eskalations- also Erzwingungsstrategien ersetzen Diskurse; emotionale, quasi-religiöse Wahrheitsbehauptungen und Bekenntnisaufrufe ersetzen die differenzierte Wahrheitskritik. Dieses vierte Dilemma weist darauf hin, dass theoretische Sachverhalte, für die es keine materiell-gegenständliche und damit empirisch nachweisbare Entsprechung linearer Funktionslogik in der kollektiven, komplexen Wirklichkeit geben kann, da sie ausschließlich als Denknötwendigkeiten existieren, zwingend auch als theoretische Sachverhalte zu behandeln sind, niemals als Wirklichkeit oder sogar als Wahrheit, da sie sich sonst in realwirtschaftlichen Handlungszwängen auf Seiten der Unternehmen und Haushalte auswirken, oft in existenzbedrohendem Ausmaß.

Die Zerstörungs- bzw. Ohnmachtserfahrungen aus zwei Weltkriegen prägten die Arbeit mehrerer Generationen von Ökonomen, so zum Beispiel die eines Schumpeter oder Keynes, in erheblichem Maße. Diese Ereignisse der Zerstörung zeigen, damals wie heute, genau dieses oben beschriebene Ausspielen von Macht und Kontrolle, als Ausdruck eines möglicherweise kindlichen Umgangs mit dem Bedürfnis

<sup>1</sup> Hierbei können sich sowohl natürliche Ressourcen- bzw. Faktorknappheiten als auch vielfältige natürlichen Konsequenzen unserer Art zu leben und zu wirtschaften als Handlungszwänge auswirken, einerseits kurzfristig und andererseits mittel- und langfristig. Gängige ökonomische Theorien verfügen derzeit noch nicht ausreichend über eine geeignete Sprache und ein spürbares Interesse, sich kritisch mit ihren bisherigen Ansprüchen und deren Folgen auseinanderzusetzen. Caspari (2019: 140) schreibt dazu: *„Nehmen in einer Fachdisziplin wissenschaftstheoretische Reflexionen zu, dann ist dies meistens ein Anzeichen für Unzufriedenheit mit der Entwicklung dieser Disziplin. Gemessen daran, scheint die Volkswirtschaftslehre ziemlich selbstzufrieden und im Reinen mit sich selbst zu sein [...].“*

<sup>2</sup> Regression wird als ein intrapsychischer Prozess beschrieben, als ein *„Rückgriff auf ontologisch frühere Organisations- und Regulationsformen zum Zwecke der Abwehr und der Kompensation.“* (Mentzos 2011: 67)

nach Selbstwirksamkeit und Willkürkontrolle auf Seiten gesellschaftlich wirksamer Entscheidungsträger. Gerade im Kontext ökonomischer Sachverhalte, als Deutungsrahmen wirtschaftspolitischer Entscheidungen verstanden, die sich ihrerseits jedoch in der Wirklichkeit des Menschen in existentiell zwin- gender Weise auswirken können, sollte stets die Pflicht zur Wahrheits- und Bekenntniskritik die trei- bende Diskurskraft sein. Theoretische Sachverhalte als Denknottwendigkeiten sind stets kritisch zu un- terscheiden von realwirtschaftlichen und -politischen Handlungszwängen. Erst in der professionellen Analyse dieser Unterscheidung lassen sich unbewusste Motive der Entscheidungsträger erkennen, kri- tisch würdigen und entsprechende Entscheidungen sowie deren mögliche Konsequenzen zweckdien- lich beurteilen.

## Thesen

Politische Entscheidungen, die eine Nachfragestärkung in Zeiten des Nachfrageüberhangs (krisenge- triebene Inflation) anstreben, stellen einen Widerspruch dar, wie im Abschnitt ‚Handlungsbedarf‘ be- reits skizziert wurde. Es gilt herauszufinden, ob diesem Widerspruch ein Fehler in der Situationsein- schätzung zugrunde liegt oder ein Fehler in den theoretischen Grundlagen der Situationswahrneh- mung. Letzterer ist nun andiskutiert worden, verbunden mit der Einladung zur Fortsetzung dieser Dis- kussion, vor allem vor dem Hintergrund des dargestellten Legitimationsproblems unseres derzeit ver- tretenen marktorientierten Wirtschaftsverständnisses als Orientierung der Wirtschaftspolitik. Dabei sollten stets die soziopsychologischen Aspekte berücksichtigt werden, die vor allem Diskurse im öko- nomischen Kontext einer in gewisser Weise unplanbaren Dynamik aussetzen. Folgende Thesen können nun als mögliche Orientierungen für einen nachfolgenden Austausch dienen:

### These 1:

Zu Beginn einer jeden Debatte zu gesamtwirtschaftlichen Verwaltungsprinzipien, zu Legitimationsfor- men produktionswirtschaftlicher Eigentumsverhältnisse oder zu entsprechenden Ausnahmeregelun- gen muss ein Fakt allen Beteiligten bewusst sein: Wir kennen die Gesamtheit unserer gemeinsamen Lebensumstände und deren Wechselwirkungen niemals vollständig, sowohl unsere eigenen intrapsy- chischen Prozesse (Mikroebene) betreffend als auch die Hintergründe unserer zwischenmenschlichen Interaktionen (Mesoebene) und der sich daraus ergebenden Institutionalisierungsprozesse (Makro- ebene). Es gibt kein Verfügungswissen<sup>1</sup> dazu. Die kritische Reflexion unseres Scheiterns an unseren ei- genen Ansprüchen versetzt uns in die Lage, im Diskurs Orientierungswissen zu unseren offenen Fragen, Ängsten, Erwartungen, Zuversichten, etc. zu erwerben. Brock (2010a) sagt dazu:

*„Je mehr er sich spezialisiert, desto weniger versteht er von allen übrigen Bereichen. Das heißt, jeder Mensch, auch der höchstspezialisierte Professor für molekularbiologische Prozesse oder für Semipermeabilität von irgendwelchen Zellen oder was immer, ist gerade durch seine Leistung, nämlich sich zu spezialisieren, ein universaler Dilettant. Da- raus folgt, dass wir alle lernen müssen: Gerade in dem Maße, wie wir füreinander wichtig sind, sind wir, auf das Ganze gesehen, etwa in Demokratie, Staatsführung, Gesellschaftsaufbau universale Dilettanten. Mit anderen Worten, die Demokratie ist die einzige Form der Vermittlung von Menschen geschaffener sozialer Bindungen, die davon ausgeht, dass alle gleich sind. Warum? Weil alle Menschen gleich unwissend sind, weil sie alle von dem ausgehen, was sie nicht wissen, was sie nicht können und nicht haben. Denn je spezialisierter jemand ist, desto universaldilettantistischer ist er in allen anderen Bereichen.“*

<sup>1</sup> Kruse (2013) unterscheidet zwischen Orientierungswissen (im Umgang mit komplexen Systemdynamiken, z.B. Falsifizierungsprinzip nach Popper) und Verfügungswissen (im Umgang mit linearen Systemdynamiken, z.B. Kochen, Tischlern, etc.).



So gesehen, hat die europäische Industrialisierung mit ihren ökonomischen Spezialisierungs-, Standardisierungs- und somit Skaleneffekten zu einer Art universellem Dilettantismus in der Gesellschaft geführt. Der sich in diesem Umstand abbildende Konflikt zwischen einerseits dem Nicht-Wissen, Nicht-Können und Nicht-Haben des Einzelnen zu den eigenen Existenzbedingungen und andererseits dem Bedürfnis nach spielerischer Erfahrung von Selbstwirksamkeit und Willkürkontrolle führt bei unzivilisiertem Umgang, also die kollektiven, auf dem Solidaritätsprinzip aufbauenden Umgangsformen ignorierend, zum affektiven „*Ausspielen von Macht und Kontrolle*“ Oerter (2007: 16)<sup>1</sup>.

These 2:

Marktwirtschaft, als Form dezentraler Verwaltungsstrukturen verstanden, strebt aus einem Zustand des dynamischen Ungleichgewichtes einen Zustand des statischen (Markt)Gleichgewichtes an, welches sich entweder in der Bildung von Angebotsmonopolen zeigt oder in der Nachfragesättigung. Planwirtschaft, als Form zentraler Verwaltungsstrukturen verstanden, strebt Strukturstabilität im Sinne von Strukturlinearisierung an. Sowohl marktwirtschaftliches Gleichgewichtsstreben als auch planwirtschaftliches Strukturlinearisierungsbestreben dienen gleichermaßen dem Zweck der Ermöglichung mittel- und langfristiger Planbarkeit gesamtgesellschaftlicher Entwicklung. Beide sollten im wissenschaftlichen Diskurs deshalb stets hinsichtlich ihrer Eignung als „Mittel“ zum Erreichen dieses gemeinsamen Zwecks hin behandelt und bewertet werden, nicht im Hinblick auf ideologische Instrumentalisierbarkeit zur Rechtfertigung von Entscheidungen und Ansprüchen einer individuellen oder kollektiven Vergangenheit.

These 3:

Sowohl Zentral- als auch De-Zentralverwaltungsstrukturen lassen sich durch gezielte Systemstörungen dynamisch entwickeln, im Sinne der Neukombination von Produktionsfaktoren (Schumpeter 1997: 111). Systemstörungen repräsentieren dabei einen Zeitraum struktureller Instabilität, der von einer niedrigen zu einer höheren Entwicklungsstufe stabiler Strukturen führt, ähnlich einem Change-Prozess im betriebswirtschaftlichen Kontext. Zentral- und De-Zentralverwaltungsstrukturen unterscheiden sich dahingehend, dass letztere durch technische Produkt- und Verfahrensinnovationen irritiert und zur Fortentwicklung „gezwungen“ werden, erstere dagegen durch organisatorische Innovationen der gesellschaftlichen und somit ökonomischen Lebensbewältigung. Zentralverwaltungsstrukturen weist deshalb deutlich höhere Systemstabilität auf als De-Zentralverwaltungsstrukturen, weshalb man sie auch in nahezu jedem Bereich des menschlichen Zusammenlebens und Zusammenarbeitens findet, so zum Beispiel in der Organisation von Unternehmen, Vereinen, Parteien bis hin zur Organisation familiärer Strukturen.

These 4:

Im Umgang mit dem Dualismus Zentral- und De-Zentralverwaltung gesamtwirtschaftlicher Wertschöpfung muss im Hinblick auf die zu erstellenden Güter unterschieden werden: Verbrauchsgut vs. Gebrauchsgut; aus der Rubrik Verbrauchsgut ergibt sich die Unterscheidung zwischen existentiell und nicht-existentiell. Aus dieser Güterunterscheidung ergeben sich unterschiedliche Anforderungen an die Art der Verwaltungsstruktur (vgl. z.B. Wirtz 2003). Die gesamtgesellschaftliche Grundversorgung mit

<sup>1</sup> Vergleiche die Ausführungen in Abschnitt „Hintergründe“ dieser vorliegenden Abhandlung!

Verbrauchsgütern (Existenzbedürfnisse nach z.B. Lebensmittel, Energie, etc.) beispielsweise ist abzuschern, die Versorgung mit Luxusgütern (Wachstumsbedürfnisse nach z.B. Weltreisen, etc.) dagegen darf durchaus höheren Entwicklungsdynamiken und -risiken unterliegen. Dementsprechend bieten sich einerseits Formen der Zentralverwaltung und andererseits Formen der De-Zentralverwaltung an.

These 5:

Für die Gesamtwirtschaft lässt sich also keine einheitliche Verwaltungsform festlegen, ebenso wie dies aus betriebswirtschaftlicher Sicht nicht zu empfehlen ist. Der Entscheidung für oder gegen eine Verwaltungsform, im Hinblick auf eine konkrete Wertschöpfungsaufgabe, braucht einen Eignungsnachweis, der sich aus der differenzierten Gegenüberstellung verschiedener Szenarien erstellen lässt. Zentralverwaltung und De-Zentralverwaltung stellen dabei zwei theoretische Extremzustände dar. Die Wirklichkeit fordert oft Mischformen, die differenziert zu begründen sind. Denn erst aus der differenzierten Begründung lassen sich Bedeutungen der getroffenen Strukturentscheidungen ableiten und ggf. alternative Szenarien entwickeln. Auch hier lassen sich Vergleiche zur betriebswirtschaftlichen Organisationsentwicklung heranziehen (vgl. bspw. Hinterhuber 2011: 119), die einerseits Strukturen der Zentralverwaltung (Aufbauorganisation und Hierarchie) ausbildet und andererseits Strukturen der De-Zentralverwaltung (Projektorganisation und Netzwerk).

These 6:

Vom Dualismus Zentral- und De-Zentralverwaltung ist der Dualismus Kapitalismus und Sozialismus klar abzugrenzen. Kapitalismus und Sozialismus kennzeichnen unterschiedliche Formen der gesamtgesellschaftlichen Legitimation von Eigentumsverhältnissen an Produktionsmitteln (Kapital als volkswirtschaftlicher Produktionsfaktor). Kapitalismus legitimiert dabei Privateigentum an Produktionsmitteln, als Grundlage des Schumpeter'schen Unternehmerverständnisses, Sozialismus begrenzt dieses Privateigentum deutlich, stellt dafür das Kollektiveigentum an Produktionsmitteln heraus, welches wiederum ein völlig andersartiges Unternehmerverständnis ermöglicht, dies aber nicht kategorisch ausschließt. Beide Eigentumsrechte an Produktionsmitteln und beide sich daraus ergebenden Verständnisse von Unternehmertum können in bestimmten gesellschaftlichen Situationen, im Umgang mit bestimmten gesellschaftlichen Aufgaben- und Problemstellungen geeignet sein, in anderen dafür nicht. Dieser Eignungsnachweis geht in bisherigen Diskursen oft verloren, beispielsweise zugunsten partei- oder medienpolitischer Instrumentalisierung<sup>1</sup>. Damit verliert der sozioökonomische Diskurs an kritischem, differenzierten Erkenntnispotential.

These 7:

Aus der produktionsmittelbezogenen Eigentumsfrage des Kapitalismus und des Sozialismus ergibt sich eine weitere Unterscheidung, die zwischen Wettbewerbs- und Solidaritätsprinzip. Sowohl das individuelle Recht auf Privateigentum an Produktionsmitteln als auch die kollektive Verpflichtung auf Kollektiveigentum an Produktionsmitteln erzeugt jeweils typische Systemfunktionslogiken, einerseits das kapitalistische Wettbewerbsprinzip zwischen (gleichgewichts-)störenden Unternehmen, im Hinblick auf die Verfügbarkeit von Produktionsfaktoren, und andererseits das sozialistische Solidaritätsprinzip zwischen vernetzt agierenden Unternehmen. Gerade vor dem Hintergrund globalisierungsbedingt zu-

<sup>1</sup> Vergleiche McLuhan 2001: Zur Funktion inhaltlicher Instrumentalisierungen im Zuge der Charakterbildung von Medien  
Seite 25 von 37

nehmender Komplexität gesellschaftlicher Entwicklungsdynamik rückt das Solidaritätsprinzip, als Ausdruck eines (teil-)sozialistischen Gesellschaftsverständnisses, mehr und mehr in den Vordergrund politischer Herausforderungen und erzwingt förmlich seine Gleichberechtigung gegenüber dem Wettbewerbsprinzip, als Ausdruck eines (teil-)kapitalistischen Gesellschaftsverständnisses. Schließlich konnte das Solidaritätsprinzip, zum Beispiel in seiner Ausprägung als Genossenschaftsprinzip, seine Eignung im Umgang mit gesellschaftlich existenzbedrohlichen Ausnahmeständen bereits unter Beweis stellen, besonders in den ersten Jahren nach Ende des 2. Weltkriegs (Biesold 2011, Steding 2006).

These 8:

Ein jeder Diskurs, gerade immaterielle, theoretische und öffentlich resonanzfähige Gegenständen betreffend, wie dem der Ökonomie, sollte kritisch mit den soziopsychischen Funktionen des Gegenstands für die beteiligten Diskursparteien umgehen<sup>1</sup>. Fragen nach den Konsequenzen möglicher Veränderungen in den persönlichen Positionen, Interessen und Bedürfnissen für die individuelle Psyche und die entsprechenden Beziehungswünsche und -ängste sollten regelmäßig Raum zur Reflexion erhalten, da diese sich sonst im Zuge der inhaltlichen Auseinandersetzung affektiv eskalierend auswirken können. Hintergrund sei auch hier die Erkenntnis: *„Bei den Entwicklungsthematiken steht an erster Stelle das Ausspielen von Macht und Kontrolle.“* Oerter (2007: 16), verstanden als ein ebenso spielerischer Umgang der Erwachsenen mit ihrer Wirklichkeit zum Zweck der *„Abwehr dagegen, dass die [...] allgemeine Wirklichkeit das Spiel stören“* könnte, die man doch *„für sich selbst“* haben möchte, um sich an ihr *„zu erfreuen“* Piaget (1969: 216).<sup>2</sup>

## Nachwort

Das *„magischen Viereck“* (bmwk 2015: 1) des Stabilitäts- und Wachstumsgesetz aus dem Jahr 1967 stellt Ausgangspunkt und Endpunkt dieses Discussion Papers dar. Im Fokus steht dabei der Widerspruch zwischen den wirtschaftspolitischen Zielen des stetigen Wirtschaftswachstums (Bezug zum Neoliberalismus) und der Stabilität des Preisniveaus (Bezug zum Marktwirtschaftsprinzip). Die daraus abgeleiteten ‚vier Dilemmata des marktwirtschaftlichen Neoliberalismus‘ verweisen, weiterführend, auf ein Kernproblem menschlichen Zusammenlebens und -arbeitens, auf das Problem zwischen einerseits kollektiven Bestands- und Sicherheitsbedürfnissen und andererseits individuellen Entwicklungs- und Wachstumsbedürfnissen, mit anderen Worten, auf das Problem zwischen der Notwendigkeit kollektiv gültiger (Kommunikations- und Handlungs-)Regeln, hier am Beispiel des marktwirtschaftlichen Neoliberalismus diskutiert, und dem individuellen Bedürfnis nach Abweichung von der Regel, hier am Beispiel der soziopsychischen Diskursfunktionen angedeutet. Dies führt auf die für alle Gesellschaften grundsätzliche Legitimationsfrage: Wer legt Regeln überindividueller Geltung fest, wer darf Privilegien in Anspruch nehmen und wie werden Regel ebenso wie entsprechende Privilegien begründet?

Wie jedes Regelwerk kennen auch die Prinzipien und Gesetze des arbeitsteiligen Wirtschaftens ihre Ausnahmen und das berechtigterweise, können doch die gesetzgebenden Personen nicht jede konkrete Situation der Zukunft voraussehen und das Regelwerk entsprechend vorbereiten. Diese Unumgänglichkeit von Ausnahmen der Regel erzwingt die Frage nach Formen der Autorisierung von Ansprüchen, Ent-

<sup>1</sup> Orientierung hierfür bietet beispielsweise die Transaktionsanalyse und die Konfliktfunktionen nach Eric Berne (2002).

<sup>2</sup> Zur Analyse und zum Umgang von und mit Konflikten sei weiterführend und beispielhaft auf Berkel (1984), Thomann und Prior (2010), Thomann (2012) sowie auf Kumbier und Schulz von Thun (2006) verwiesen.

scheidungen und eben auch Privilegien, als einer zentralen Frage von Definition und Zuweisung individueller Verantwortung. Der Begriff der Autorisierung fragt in diesem Zusammenhang nach der Art und Weise, wie dem betreffenden Anspruch, der entsprechenden Entscheidung, dem entsprechendem Privileg überindividuelle Verbindlichkeit zugesichert wird. Brock (2010b: 48) unterscheidet hierbei drei Autorisierungsformen, erstens Autorisierung durch Verweis auf letztbegründende Instanzen, wie zum Beispiel GOTT oder Markt<sup>1</sup>, zweitens Autorisierung durch Verweis auf kollektive Übereinkünfte, wie zum Beispiel das Verfahren demokratischer Gesetzgebung betreffend, und drittens Autorisierung durch Verweis auf die individuelle Urheber- oder Autorenschaft, wie sie von Kunst und Wissenschaft seit Beginn des 15. Jahrhunderts, von Florenz (Italien) ausgehend, beansprucht wird, als zivilisatorisches Rechtfertigungsmuster individualistischer Geltungs- und Wirkungsansprüche.

Die am häufigsten auftretende Form der Autorisierung individueller Ansprüche und Entscheidungen ist die des Verweises auf letztbegründende Instanzen, sowohl auf individueller und interpersoneller Ebene als auch auf institutionaler Ebene zu finden. Je mehr sich ein individuelles Entwicklungs- und Wachstumsbedürfnis, das des Entscheidungsträgers, von kollektiven Bestands- und Sicherheitsbedürfnissen entfernt, desto stärker tritt diese Form der Autorisierung durch Verweis auf letztbegründende Instanzen in Erscheinung. Hier sei noch einmal an Oerter (2007: 16) erinnert, der dies folgendermaßen zusammenfasst:

*„Bei den Entwicklungsthematiken steht an erster Stelle das Ausspielen von Macht und Kontrolle.“*

Stetiges Wirtschaftswachstum und gleichzeitig stabiles Preisniveau in Zeiten von Marktübersättigung zu fordern, gleichzeitig jedoch *„Ressourcenknappheit und die Umweltzerstörung“* zu beklagen, dabei aber begründend auf *„weiter voranschreitende Globalisierung der Märkte“* und *„die umfassende Digitalisierung der Wirtschaft“* (bmwk 2015: 1) zu verweisen, ist mit letztbegründend noch sehr wohlwollend umschrieben.

Gerade diese mehr und mehr in Anspruch genommene Form der letztbegründenden Autorisierung wirtschaftspolitischer Entscheidungen verweist auf einen weiteren Gegenstand zukünftiger Forschung, der mit der *„Psychodynamik der helfenden Beziehung“* von Schein (2010: 51ff.) bzw. mit der Trinität *„Arzt, sein Patient und die Krankheit“* von Balint (2010) angedeutet wird. Beide Autoren fokussieren die Herausforderung einer jeden kommunikativen Interaktion, auch den wissenschaftlichen Diskurs einbindend, die darin besteht, dass die Sachebene stets in den Dienst der Beziehungsebene gestellt wird. Für den hier untersuchten Gegenstand der Ökonomie bedeutet dies: Der individuelle Drang zur Durchsetzung von Privilegien, sei es in der Gestaltung wirtschaftspolitischer oder unternehmensinterner Rahmenbedingungen, führt die kollektiven Ansprüche an Regelverbindlichkeit früher oder später ad absurdum und damit den Geltungs- und Wirkungsanspruch der Regel selbst. Individualistische Gesellschafts- oder Rechtsverständnisse, ob wirtschaftspolitisch als Neoliberalismus in Erscheinung tretend oder gesellschaftspolitisch als Absolutismus, repräsentieren das individuelle Bedürfnis nach Privileg, zum Zweck, sich am individuellen Spiel zu erfreuen, zur Gewährleistung der eigenen Selbstwirksamkeitserlebnisse im Zuge der Gestaltung einer Welt, die man *„für sich selbst“* hat (Piaget 1969: 216). Der (demokratisch legitimierte) Repräsentant eines kollektiven Regelwerks wird sich also nur mit Mühe der Versuchung zu entziehen vermögen, seine Macht, als Auslegungshoheit der kollektiven Wirklichkeit verstanden, in den

<sup>1</sup> Auch sogenannten Leerformeln, als Immunisierungsstrategien verstanden, fallen unter diese Kategorie (Albert 1972: 19). Leerformeln sind dabei scheinbare, meist tautologische Begründungszusammenhänge, deren letztbegründende Brauch- und Wirksamkeit mit abnehmendem Informationsgehalt zunimmt (Koschnick 2016).

Dienst der eigenen, spielerischen Weltaneignung zu stellen. Kollektivistische Welt-, Selbst- oder eben entsprechende Begriffsverständnisse, wie beispielsweise das des nachfrageorientierten Marktprinzips nach Keynes, wird stets über die Zeit einem individualistischen angenähert werden, hier dem neoliberalen Welt- bzw. Wirtschaftsverständnis, gleichwohl damit zivilisatorische Ansprüche, die ihrer Natur nach stets kollektivistisch sind, ad absurdum geführt werden. Die Entwicklung des Neoliberalismus von 1940 bis heute, entlang der Verständnisse von Hayek, über Friedman und Rappaport, bis Giersch und Sinn, zeigen diese Entwicklungslogik in beeindruckender Deutlichkeit, womit die Aktualität dieses hier untersuchten Gegenstandes und dessen Übertragbarkeit auf andere politische Geltungs- und Wirkungsbereiche greifbar wird.

Unsere abendländische Gesellschaft, deren Selbst- und Weltverständnis sich aus der Industrialisierungsgeschichte speist, muss gerade im ökonomischen Kontext die für eine zivilisierte Gesellschaft zwingend erforderliche Fähigkeit entwickeln, Ansprüche und Entscheidungen weniger auf letztbegründende Instanzen zu stützen, dafür aber mehr Verweise auf kollektive Übereinkünfte (Rechtsstaatsprinzip) und auf individuelle Autoren- bzw. Urheberschaft (Prinzip der individuellen Verantwortlichkeit der Künstler und Wissenschaftler) in Anspruch zu nehmen. Damit einhergehend lässt sich diskutieren, ob die vier hergeleiteten ‚Dilemmata des marktwirtschaftlichen Neoliberalismus‘, gänzlich oder in Teilen, durch reifere, diskursive Formen der Autorisierung aufzulösen bzw. zu entspannen sind, ohne die Sachebene in sinnverzerrender Weise in den Dienst der Beziehungsebene zu stellen. Sprechen wir gemeinsam darüber!

## Literaturverzeichnis:

- Albert, Hans (1972) *Ökonomische Ideologie und politische Theorie. Das ökonomische Argument in der ordnungspolitischen Debatte.* Göttingen: Schwartz, 1972. (Buch)
- Balint, Michael (1980) *Der Arzt, sein Patient und die Krankheit.* Stuttgart: Klett-Cotta, 2010. (Buch)
- Berger, Roland  
Rodenbücher, Thomas  
(2010) *Roland Berger Studie: Zahl der Insolvenzen wird 2010 um mehr als zehn Prozent steigen.* Bericht zur Studie „Insolvenzen in Deutschland 2010 – Trends in der Wirtschaftskrise“ vom 11. Januar 2010, München: Roland Berger Strategy Consultants. Onlinepublikation auf xtraneWS.de, URL: <https://xtraneWS.de/2010/01/11/roland-berger-studie-zahl-der-insolvenzen-wird-2010-um-mehr-als-zehn-prozent-steigen-id2710666.html>, abgerufen am 01.04.2024. (Onlinepublikation)
- Berkel, Karl (1984) *Konfliktforschung und Konfliktbewältigung. Ein organisationspsychologischer Ansatz.* Berlin: Duncker & Humblot, 1984. (Buch)
- Berne, Eric (2002) *Spiele der Erwachsenen: Psychologie der menschlichen Beziehungen.* Reinbek bei Hamburg: Rowohlt, 2002. (Buch)
- Biesold, Barbara (2011) *Entwicklung des Genossenschaftswesens in Mitteldeutschland von 1945 bis 1952.* Delitzsch: Hermann-Schulze-Delitzsch-Gesellschaft, 2011. (Buch)
- Blanchard, Olivier  
Illing, Gerhard (2009) *Makroökonomie.* München: Pearson, 2009. (Buch)
- bmf.de (2023) *„Wir reduzieren die Ausgaben, senken aber unterm Strich auch die Steuern. Das ist ein gutes Ergebnis.“* Bundesfinanzminister Christian Lindner im Interview. Onlinepublikation auf bundesfinanzministerium.de, URL: <https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Interviews/2023/2023-12-18-rnd.html>, abgerufen am 12.05.2024. (Onlinepublikation)
- bmwk.de (2015) *Das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz.* Onlinepublikation auf bmwk.de, URL: [https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Downloads/Monatsbericht/Monatsbericht-Themen/12-2015-das-stabilitaets-und-wachstumsgesetz.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=9](https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Downloads/Monatsbericht/Monatsbericht-Themen/12-2015-das-stabilitaets-und-wachstumsgesetz.pdf?__blob=publicationFile&v=9), abgerufen am 18.06.2024. (Onlinepublikation)
- bmwk.de (2024a) *Die Sozial-ökologische Marktwirtschaft als Leitbild für die Wirtschaftspolitik.* Onlinepublikation auf bmwk.de, URL: <https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Dossier/wirtschaftspolitische-leitlinien.html>, abgerufen am 29.03.2024. (Onlinepublikation)
- bmwk.de (2024b) *Leitbild Soziale Marktwirtschaft: Wirtschaftswachstum.* Onlinepublikation auf bmwk.de, URL: <https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Artikel/Wirtschaft/definitionen-02-wirtschaftswachstum.html>, abgerufen am 01.04.2024. (Onlinepublikation)
- bmwk.de (2024c) *Investitions Garantien.* Onlinepublikation auf bmwk.de, URL: <https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Artikel/Aussenwirtschaft/investitions-garantien.html>, abgerufen am 21.04.2024. (Onlinepublikation)

- Bökenkamp, Gérard  
Doering, Detmar  
Frölich, Jürgen  
Grothe, Ewald (Hrsg.)  
(2012) *30 Jahre „Lambsdorff-Papier“. Texte und Dokumente zum „Konzept für eine Politik zur Überwindung der Wachstumsschwäche und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit“ (9. September 1982).* Onlinepublikation auf [freiheit.org](https://www.freiheit.org/sites/default/files/import/2017-09/11471-lambsdorff-papier.pdf), URL: <https://www.freiheit.org/sites/default/files/import/2017-09/11471-lambsdorff-papier.pdf>, abgerufen am 29.05.2024. (Onlinepublikation)
- Brenner, Jörg  
Matyas, Kurt (Hsg.)  
(2018) *Lean Administration: Verschwendung in Büros erkennen, analysieren und beseitigen.* München: Hanser, 2018. (Buch)
- Brock, Bazon (1977) *Ästhetik als Vermittlung.* Köln: DuMont, 1977. (Buch)
- Brock, Bazon (1989) *Die Re-Dekade.* München: Klinkhardt und Biermann, 1989. (Buch)
- Brock, Bazon (2010a) *Der Profi-Bürger.* Interview vom 13.04.2010, HR2 Kultur. Onlinepublikation auf [bazonbrock.de](https://bazonbrock.de/werke/de-tail/hr_2_kultur-2080.html), URL: [https://bazonbrock.de/werke/de-tail/hr\\_2\\_kultur-2080.html](https://bazonbrock.de/werke/de-tail/hr_2_kultur-2080.html), abgerufen am 01.04.2024. (Onlinepublikation)
- Brock, Bazon (2010b): *Utopie und Evidenzkritik.* Hamburg: Philo Fine Arts, 2010. (Buch)
- Brocker, Manfred (Hsg.)  
(2018) *Geschichte des politischen Denkens. Das 20. Jahrhundert.* Berlin: Suhrkamp, 2018. (Buch)
- Caldwell, Bruce (2020) *Mont Pèlerin 1947.* Center for the History of Political Economy at Duke University, 2020. Onlinepublikation auf [papers.ssrn.com](https://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=3526254). URL: [https://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract\\_id=3526254](https://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=3526254), abgerufen am 31.03.2024. (Onlinepublikation)
- Caspari, Volker (2019) *Ökonomik und Wirtschaft. Eine Geschichte des ökonomischen Denkens.* Springer Gabler, Wiesbaden, 2019. (Buch)
- Daum, Timo (2021) *Die unsichtbare Hand des Plans: Koordination und Kalkül im digitalen Kapitalismus.* Berlin: Dietz Berlin, 2021. (Buch)
- dnb.de (2022) *Gesetzgebung | Sachverständige für höheren Inflationsausgleich (hib).* Nwb Datenbank. Onlinepublikation auf [dnb.de](https://dnb.info/1274500060/34). URL: <https://dnb.info/1274500060/34>, abgerufen am 29.03.2024. (Onlinepublikation)
- Dowe, Reinhard (1995) *Muda: Grundlage für ein anderes Managementkonzept; so schaffen wir die Trendwende.* Wien: Ueberreuter, 1995. (Buch)
- Duso, Tomaso (2022) *Der Tankrabatt ist der einfachste und schnellste, aber nicht der beste Weg.* In: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung: DIW-Wochenbericht (Bd. 89, Nr. 23). Onlinepublikation auf [econstor.eu](https://www.econstor.eu/handle/10419/260558), URL: <https://www.econstor.eu/handle/10419/260558>, abgerufen am 29.03.2024. (Onlinepublikation)
- Egger, Simon (2023) *Der Monetarismus. Eine neoklassische Antwort auf den Keynesianismus.* München: GRIN Verlag, 2023. Onlinepublikation auf [dnb.de](https://portal.dnb.de/opac/showFullRecord?currentResultId=%22Monetarismus%22%26any&currentPosition=0), URL: <https://portal.dnb.de/opac/showFullRecord?currentResultId=%22Monetarismus%22%26any&currentPosition=0>, abgerufen am 31.03.2024. (Onlinepublikation)

- Eibner, Wolfgang (1995) *Volkswirtschaftslehre. Geld und Währung*. 1. Auflage, Appenheim: Fernstudienagentur des Fachhochschul-Fernstudienverbunds, 1997. (Buch/Lehrbrief)
- Eibner, Wolfgang (1997) *Wirtschafts- und Wettbewerbsordnungen*. 2. Auflage, Appenheim: Fernstudienagentur des Fachhochschul-Fernstudienverbunds, 1997. (Buch/Lehrbrief)
- Eßbach, Wolfgang (2019) *Entfesselter Markt und Artifizielle Lebenswelt als Wiege neuer Religionen*. Paderborn: Wilhelm Fink, 2019. (Buch)
- Felderer, Bernhard Homburg, Stefan (2005) *Makroökonomik und neue Makroökonomik*. Berlin: Springer Verlag, 2005. (Buch)
- Feldhaus, Michael Schlegel, Monika (2023) *Familiensoziologie*. Baden-Baden: Nomos, 2023. (Buch)
- Fisher, Irving (2019) *Die Kaufkraft des Geldes: Ihre Bestimmung und ihre Beziehung zu Kredit, Zins und Krisen*. Berlin: De Gruyter, 2019. Onlinepublikation auf dnb.de, URL: <https://portal.dnb.de/opac.htm?method=simpleSearch&cql-Mode=true&query=idn%3D1228451508>, abgerufen am 31.03.2024. (Onlinepublikation)
- Franco, Giuseppe (2022) *Die Ordnung der Freiheit: Walter Euckens Konzept des Ordoliberalismus*. Mönchengladbach: Katholische Sozialwissenschaftliche Zentralstelle, 2022. (Buch)
- Fuest, Clemens Neumeier, Florian Stöhlker, Daniel (2022) Der Tankrabbatt: Haben die Mineralölkonzerne die Steuersenkung an die Kunden weitergegeben? In: Perspektiven der Wirtschaftspolitik (Bd. 23, 2022, Nr. 2: 74-80. 7 S.). Onlinepublikation auf degruyter.com, URL: <https://www.degruyter.com/document/doi/10.1515/pwp-2022-0024/html>, abgerufen am 29.04.2024. (Onlinepublikation)
- Gossen, Hermann Heinrich (1927) *Entwicklung der Gesetze des menschlichen Verkehrs und der daraus fließenden Regeln für menschliches Handeln*. Berlin: R. L. Prager, 1927. (Buch)
- Groß, Thomas (2022) *Der „Tankrabbatt“ verstößt gegen Art. 20a GG*. Berlin: Fachinformationsdienst für internationale und interdisziplinäre Rechtsforschung Staatsbibliothek zu Berlin - Preußischer Kulturbesitz. Onlinepublikation auf dnb.de, URL: [https://intr2dok.vifa-recht.de/receive/mir\\_mods\\_00012578](https://intr2dok.vifa-recht.de/receive/mir_mods_00012578), abgerufen am 29.03.2024. (Onlinepublikation)
- Hartung, Lea (2016) *Dangerous ideas: die Entstehung der neoliberalen Regierungsrationalität am Beispiel der Mont Pèlerin Society*. Diss., Humboldt-Universität zu Berlin, 2016. (Buch)
- v. Hayek, Friedrich August (2019) *Der Weg zur Knechtschaft*. Rottenburg: Kopp Verlag, 2019. (Buch)
- Hewel, Brigitte Neubäumer, Renate (2017a) Wirtschaftssysteme als Organisationsformen. In: Neubäumer, Renate; Hewel, Brigitte; Lenk, Thomas (Hsg.): *Volkswirtschaftslehre*. Wiesbaden: Springer Gabler, 2017, S. 15-19. (Herausgeberband, Sammelband)
- Hewel, Brigitte Neubäumer, Renate (2017b) Systemunabhängige Grundbegriffe und Grundfragen. In: Neubäumer, Renate; Hewel, Brigitte; Lenk, Thomas (Hsg.): *Volkswirtschaftslehre*. Wiesbaden: Springer Gabler, 2017, S. 3-13. (Herausgeberband, Sammelband)



- Hewel, Brigitte  
Neubäumer, Renate  
(2017c) Die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Bundesrepublik Deutschland. In: Neubäumer, Renate; Hewel, Brigitte; Lenk, Thomas (Hsg.): *Volkswirtschaftslehre*. Wiesbaden: Springer Gabler, 2017, S. 173-207. (Herausgeberband, Sammelband)
- Hien, Josef  
Joerges, Christian  
(2017) *Das aktuelle europäische Interesse an der ordoliberalen Tradition*. Mannheim: SSOAR, GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften e.V., 2017. Onlinepublikation auf dnb.de, URL: <https://portal.dnb.de/opac/show-FullRecord?currentResultId=Ordoliberalismus+and+neoliberalismus%26any&currentPosition=4>, abgerufen am 28.03.2024. (Onlinepublikation)
- Hinterhuber, Hans H.  
(2011) Strategische Unternehmensführung. Teil: 1. Strategisches Denken: Vision – Ziele – Strategie. Berlin: Erich Schmidt, 2011. (Buch)
- Hübner, Renate (2013) Geplante Obsoleszenz. Onlinepublikation auf arbeiterkammer.at, URL: [https://www.arbeiterkammer.at/infopool/akportal/Geplante Obsoleszenz neu.pdf](https://www.arbeiterkammer.at/infopool/akportal/Geplante%20Obsoleszenz%20neu.pdf), abgerufen am 03.04.2024. (Onlinepublikation)
- Huffschmid, Jörg (2008) Währungsfonds, Weltbank, Welthandelsorganisation – Entfesselte Finanzmärkte und die globale Armutsbekämpfung. In: *Die Weltunordnung von Ökonomie und Krieg: von den gesellschaftlichen Verwerfungen der neoliberalen Globalisierung zu den weltumspannenden politischen Ansätzen jenseits des Casinokapitalismus*. Wien; Berlin; Münster: Lit, 2008, S. 122-132. (Herausgeberband, Sammelband)
- Hündgen, Marcus  
(2001) *Einkommens- und Beschäftigungstheorie*. München: GRIN Verlag, 2001. Onlinepublikation auf grin.de, URL: <https://www.grin.com/document/102241>, abgerufen am 29.03.2024. (Onlinepublikation)
- Hüther, Michael (2023) *20 Jahre Agenda 2010: Beispiellose Erfolgsgeschichte*. IW-Nachricht vom 11. März 2023. Onlinepublikation auf iwkoeln.de, URL: <https://www.iwkoeln.de/presse/iw-nachrichten/michael-huether-beispiellose-erfolgsgeschichte.html>, abgerufen am 29.05.2024. (Onlinepublikation)
- Issing, Otmar (2023) *Die intellektuellen Verächter der Marktwirtschaft*. Onlinepublikation auf ludwig-erhard.de. URL: <https://www.ludwig-erhard.de/die-intellektuellen-veraechter-der-marktwirtschaft/>, abgerufen am: 28.03.2024. (Onlinepublikation)
- Keynes, John Maynard  
(2009) *Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes*. Berlin: Duncker & Humblot, 2009. (Buch)
- Keynes, John Maynard  
(2024) *Krieg und Frieden: die wirtschaftlichen Folgen des Vertrags von Versailles*. Berlin: Berenberg, 2024. (Buch)
- Kindleberger, Charles  
Poor  
Ledig, Michael (2020) *Die Weltwirtschaftskrise 1929-1939*. München: dtv Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG, 2020. (Buch)
- Klinger, Sabine (2005) *Strom- und Bestandsgrößen in der Ökonomik: die Verknüpfung am Beispiel der Konsumfunktion*. Hamburg: Kovač, 2005. (Buch)

- Koschnick, Wolfgang (2016) *Mehr Demokratie wagen. Leerformeln als Instrumente demokratischer Herrschaft.* Onlinepublikation auf teleüolis.de, URL: <https://www.telepolis.de/features/Mehr-Demokratie-wagen-3380013.html?seite=all>, abgerufen am 19.06.2024. (Onlinepublikation)
- Kraler, Christian (2012) Selbstähnlichkeiten in der Lehrer/innenbildung. In: Kraler, Christian; Schnabel-Schüle, Helga; Schratz, Michael; Weyand, Birgit (Hsg.): *Kulturen der Lehrerbildung: Professionalisierung eines Berufsstands im Wandel.* Münster: Waxmann, 2012, S. 41-72. (Herausgeberband, Sammelband)
- Kruse, Peter (2013) Zukunft von Führung „kompetent, kollektiv oder katastrophal?“. Köln: Zukunft Personal vom 18. September 2018. Onlinepublikation auf youtube.com, URL: <https://www.youtube.com/watch?v=nDhwsNyWdVA>, abgerufen am 01.04.2024. (Onlinepublikation)
- Kumbier, Dagmar Schulz von Thun, Friedemann (2006) *Interkulturelle Kommunikation: Methoden, Modelle, Beispiele.* Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Taschenbuch, 2006. (Buch)
- Lenk, Thomas (2017a) Preistheorie. In: Neubäumer, Renate; Hewel, Brigitte; Lenk, Thomas (Hsg.): *Volkswirtschaftslehre.* Wiesbaden: Springer Gabler, 2017, S. 103-134. (Herausgeberband, Sammelband)
- Lenk, Thomas (2017b) Konsumtheorie. In: Neubäumer, Renate; Hewel, Brigitte; Lenk, Thomas (Hsg.): *Volkswirtschaftslehre.* Wiesbaden: Springer Gabler, 2017, S. 41-67. (Herausgeberband, Sammelband)
- Lingnau, Volker (2018) *Das Ende der Einmütigkeit der Shareholder? Die Grenzen des standardökonomischen Ansatzes und ein verhaltenswissenschaftlicher Gegenentwurf.* Beiträge zur Controlling-Forschung Nr. 28, Technische Universität Kaiserslautern, 2018. Onlinepublikation auf luedo.ub.rptu.de, URL: <https://kluedo.ub.rptu.de/frontdoor/deliver/index/docId/5180/file/28+Einm%c3%bctigkeit+der+Shareholder.pdf>, abgerufen am 01.04.2024. (Onlinepublikation)
- Mandelbrot, Benoît B. (1991) *Die fraktale Geometrie der Natur.* Basel: Birkhäuser, 1991. (Buch)
- McLuhan, Marshall (2001) *Das Medium ist die Botschaft.* Dresden: Philo Fine Arts, Verl. der Kunst, 2001. (Buch)
- Meadows, Dennis Meadows, Donella Randers, J. Behrends, William (1972) *Die Grenzen des Wachstums.* Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt Stuttgart, 1972. (Buch)
- Meier, Irene (1996) Entfesselter Markt und schlanke Betriebe. Zürich: Oekumenische Frauenbewegung, 1996. (Buch)
- Mentzos, Stavros (1988) *Interpersonale und institutionale Abwehr.* Frankfurt a.M.: Suhrkamp Verlag, 1988. (Buch)
- Mentzos, Stavros (2011) *Neurotische Konfliktverarbeitung.* Frankfurt a.M.: S. Fischer Verlag, 2011. (Buch)

- montpelerin.org (1947) *About The Mont Pelerin Society*. Onlinepublikation auf montpelerin.org, URL: <https://www.montpelerin.org/event/429dba23-fc64-4838-aea3-b847011022a4/websitePage:d0c34bd9-1aa4-48df-a55e-4be50dfb57ee>, abgerufen am 31.03.2024. (Onlinepublikation)
- morgenpost.de (2008) *Porsche macht mehr Gewinn als Umsatz*. In: Berliner Morgenpost vom 26.07.2008. Onlinepublikation auf morgenpost.de, URL: <https://www.morgenpost.de/wirtschaft/article102229956/Porsche-macht-mehr-Gewinn-als-Umsatz.html>, abgerufen am 01.04.2024. (Onlinepublikation)
- Müller, Thomas (1993) *Wege von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft in der Nahrungsmittelin-dustrie: das Beispiel Ostdeutschland*. Konstanz: Univ.-Verl. Konstanz, 1993. (Buch)
- Oerter, Rolf (2007) *Zur Psychologie des Spiels*. Onlinepublikation auf ssoar.info, URL: <https://www.ssoar.info/ssoar/handle/document/29230>, abgerufen am 29.03.2024. (Onlinepublikation)
- oldenburger-onlinezeitung.de (2020) *Experte sieht 25 Prozent Überkapazität in Autoproduktion*. Onlinepublika-tion auf oldenburger-onlinezeitung.de, URL: <https://www.oldenburger-onlinezeitung.de/nachrichten/experte-sieht-25-prozent-ueberkapazi-taet-in-autoproduktion-37732.html>, abgerufen am 21.04.2024. (Onlinepublikation)
- Padilla, Alexandre (2022) Bruce Caldwell (Ed.), *Mont Pèlerin 1947: transcripts of the Founding Meet-ing of the Mont Pèlerin Society*. Stanford: Hoover Institution Press, 2022. (Buch)
- Papendieck, Axel Joa-chim (2010) *Praktische Organisation: wie wird die Arbeit richtig geteilt?* Berlin: BWV, Ber-liner Wiss.-Verlag, 2010. (Buch)
- Pearse, William (2021) *Kapitalismus vs Sozialismus*. Onlinepublikation auf inomics.com, URL: <https://inomics.com/de/blog/kapitalismus-vs-sozialismus-1414993>, ab-gerufen am 29.03.2024. (Onlinepublikation)
- Peitgen, Heinz-Otto  
Jürgens, Hartmut  
Saupe, Dietmar (2004) *Chaos and Fractals. New Frontiers of Science*. New York: Springer, 2004. (Buch)
- Piaget, Jean (1969) *Nachahmung, Spiel und Traum*. Stuttgart: Klett, 1969. (Buch)
- Poppe, Erik (Hsg.)  
Longmuß, Jörg (Hsg.) (2019) *Geplante Obsoleszenz: hinter den Kulissen der Produktentwicklung*. Bielefeld: transcript, 2019. (Buch)
- Ptak, Ralf (2004) *Vom Ordoliberalismus zur sozialen Marktwirtschaft: Stationen des Neolibe-ralismus in Deutschland*. Opladen: Leske und Budrich, 2004. (Buch)
- Rappaport, Alfred (1999) *Shareholder-Value: ein Handbuch für Manager und Investoren*. Stuttgart: Schäffer-Poeschel, 1999. (Buch)
- Roca, René (Hsg.)  
Graf, Urs (Illustrator) (2020) *Naturrecht und Genossenschaftsprinzip als Grundlagen für die direkte De-mokratie*. Oberrohrdorf-Staretschwil, Schweiz: Verlag FIDD, 2020. (Heraus-geberband, Sammelband)

- Sadowski, Karin (1993) *Prozesse der Unternehmensberatung unter den Bedingungen des Übergangs von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft: eine Analyse der Besonderheiten am Beispiel von Untersuchungen in den neuen Bundesländern.* Rostock: Univ. Rostock 1993. (Buch)
- Schein, Edgar H. (2010) *Prozessberatung für die Organisation der Zukunft: der Aufbau einer helfenden Beziehung.* Bergisch Gladbach: EHP, 2010. (Buch)
- Schnabl, Gunther (2024) *Deutschlands fette Jahre sind vorbei: Wie es dazu kam und wie wir ein neues Wirtschaftswunder schaffen können.* München: FinanzBuch Verlag, 2024. (Buch)
- Schubert, Klaus Klein, Martina (2020) *Das Politiklexikon.* Lizenzausgabe, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn: Dietz 2020. (Buch)
- Schumpeter, Josef Alois (1950) *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie.* Bern: A. Francke AG Verlag, 1950. (Buch)
- Schumpeter, Josef Alois (1997) *Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung.* 9. Auflage, Berlin: Duncker & Humblot, 1997. (Buch)
- Schütz, Marcel  
Lehmkuhl, Pia  
Röbken, Heinke  
Witte, Etienne (2022) *Projektmanagement: eine Einführung aus sozial- und organisationswissenschaftlicher Sicht.* Wiesbaden: Springer Gabler, 2022. (Buch)
- Steding, Rolf (2006) *Die Agrargenossenschaften - eine Bereicherung der deutschen Genossenschaftskultur: Herkunft und Zukunft.* Delitzsch: Förderverein Hermann Schulze-Delitzsch und Gedenkstätte des Dt. Genossenschaftswesens, 2006. (Buch)
- sozialpolitik-aktuell.de (2023) *Erwerbstätige nach Stellung im Beruf 1991 – 2022.* Onlinepublikation auf sozialpolitik-aktuell.de, URL: <https://www.sozialpolitik-aktuell.de/files/sozialpolitik-aktuell/Politikfelder/Arbeitsmarkt/Datensammlung/PDF-Dateien/abbIV10.pdf>, abgerufen am 30.03.2024. (Onlinepublikation)
- Stan, Cornel (2024) *Klimagerechte Energieszenarien der Zukunft: Mobilität, Heizung, Industrie - mehr als nur Elektroautos, luftsaugende Wärmepumpen und Windräderstrom.* Berlin, Heidelberg: Springer Berlin Heidelberg, Imprint: Springer Vieweg, 2024. Onlinepublikation auf dnb.de, URL: <https://portal.dnb.de/opac/showFullRecord?currentResultId=%22Wirtschaft%22+and+%22politik%22+and+%22medien%22%26any&current-Position=1>, abgerufen am 29.03.2024. (Onlinepublikation)
- Starbatty, Joachim (1982) *Zur Umkehrung des Greshamschen Gesetzes bei Entnationalisierung des Geldes.* Onlinepublikation auf duncker-humblot.com, URL: <https://elibrary.duncker-humblot.com/article/69574/zur-umkehrung-des-greshamschen-gesetzes-bei-entnationalisierung-des-geldes>, abgerufen am 03.04.2024. (Onlinepublikation)

- statista.com (2023a) *Verteilung der Bruttowertschöpfung in Deutschland nach Wirtschaftsbereichen im Jahr 2023.* Onlinepublikation auf statista.com, URL: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/36846/umfrage/anteil-der-wirtschaftsbereiche-am-bruttoinlandsprodukt/>, abgerufen am 03.04.2024. (Onlinepublikation)
- statista.com (2023b) *Geldvermögen der privaten Haushalte in Deutschland vom 3. Quartal 2018 bis zum 3. Quartal 2023.* Onlinepublikation auf statista.com, URL: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/37880/umfrage/geldvermoegen-der-privathaushalte-in-deutschland/>, abgerufen am 03.04.2024. (Onlinepublikation)
- Stein, Ben (2006) *In Class Warfare, Guess Which Class Is Winning.* Onlinepublikation auf nytimes.de vom 26.11.2006, URL: <https://www.nytimes.com/2006/11/26/business/yourmoney/26every.html>, abgerufen am: 28.02.2023. (Onlinepublikation)
- Streibel, Günter (1992) *Transformationsprozess von Planwirtschaft zu Marktwirtschaft - Chance für umweltverträgliches Wirtschaften?* Berlin: IÖW, 1992. (Buch)
- Supp, Barbara (2012) *Unbarmherzige Samariter.* In: Der Spiegel 6/2012, S. 56-57. (Zeitschrift)
- Teodoro, Maycoln Leôni M. (2005) *Kognitive Repräsentationen familiärer Beziehungen: methodenkritische Untersuchungen zu Kohäsion und Hierarchie innerhalb des familiären Systems.* Hamburg: Kovač, 2005. (Buch)
- Thomann, Christoph (2012) *Klärungshilfe 2. Konflikte im Beruf: Methoden und Modelle klärender Gespräche.* Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Taschenbuch, 2012. (Buch)
- Thomann, Christoph  
Prior, Christian (2010) *Klärungshilfe 3. Das Praxisbuch.* Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Taschenbuch, 2010. (Buch)
- Thommen, Jean-Paul  
Achleitner, Ann-Kristin  
Gilbert, Dirk Ulrich  
Hachmeister, Dirk  
Kaiser, Gernot (2020) *Allgemeine Betriebswirtschaftslehre. Umfassende Einführung aus managementorientierter Sicht.* Wiesbaden: Springer Gabler, 2020. (Buch)
- Ulrich, Rüdiger (2019) *Nähe und Gemeinsinn: Plädoyer für eine Ökonomie der Liebe.* München: oekom Verlag, 2019. (Buch)
- Vester, Frederic (2002) *Die Kunst vernetzt zu denken. Ideen und Werkzeuge für einen neuen Umgang mit Komplexität.* München: Deutscher Taschenbuch Verlag, 2002. (Buch)
- Walpen, Bernhard (2004) *Die offenen Feinde und ihre Gesellschaft: eine hegemonietheoretische Studie zur Mont Pèlerin Society.* Hamburg: VSA-Verlag, 2004. (Buch)
- Wehrlin, Ulrich (2019) *Organisation und Organisationsentwicklung: Grundlagen und Konzepte der Organisation.* Göttingen: Optimedien Verlag e.K., 2019. (Buch)
- Werkner, Ines Jacqueline (Hsgn.) (2009) *Religionen und Demokratie: Beiträge zu Genese, Geltung und Wirkung eines aktuellen politischen Spannungsfeldes.* Wiesbaden: VS, Verl. für Sozialwiss., 2009. (Herausgeberband, Sammelband)

- Wienert, Helmut (2009) *Was riet der Rat?: Eine kommentierte Zusammenstellung von Aussagen des Sachverständigenrats zur Regulierung der Finanzmärkte und zugleich eine Chronik der Entstehung der Krise.* Hochschule Pforzheim, Onlinepublikation auf bsz-bw.de, URL: <https://opus-hspf.bsz-bw.de/frontdoor/index/index/docId/52>, abgerufen am 04.04.2024. (Onlinepublikation)
- Wirtz, Christian (2003) *Wertorientierte Unternehmenssteuerung in netzbasierten Industrien : die Perspektive der ehemaligen Monopolisten.* München; Mering: Hampp, 2003. (Buch)
- Wöhe, Günter  
Döring, Ulrich  
Brösel, Gerrit (2020) *Einführung in die Allgemeine Betriebswirtschaftslehre.* München: Verlag Franz Vahlen, 2020. (Buch)
- Zündorf, Lutz (2000) *Internationale Arbeitsteilung und intersektorale Verknüpfung im Spektrum von Markt und Hierarchie: das Beispiel der internationalen Tabakwirtschaft.* In: Universität Lüneburg. Fachbereich Wirtschafts- und Sozialwissenschaften: Arbeitsbericht; Nr. 230, 2000. (Buch)
- Zündorf, Lutz  
Grunt, Manfred (1980) *Hierarchie in Wirtschaftsunternehmen: d. sozialen Beziehungen zwischen Vorgesetzten u. ihren Untergebenen in Industrie- u. Dienstleistungsunternehmen.* Frankfurt a. M., New York: Campus-Verlag, 1980. (Buch)